

# Arbeitshilfe zur Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren

---

Ein Beitrag zur Sozialplanung  
im Land Brandenburg

## Impressum

Herausgeber: FAPIQ – Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64, 14482 Potsdam  
Tel: 0331 23 16 07 00  
Mail: kontakt@fapiq-brandenburg.de

FAPIQ ist ein Kooperationsprojekt von:  
Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.  
Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V. Selbsthilfe Demenz  
Institut für Gerontologische Forschung e.V.

Auflage: 1.500 Stück

Satz: Schweiger Design, Potsdam

Druck: ARNOLD group – Großbeeren

Stand: Dezember 2019

Redaktion: Patrizia Paplinski; Stefan Pospiech (V.i.S.d.P.)

Projektförderer: Dieses Projekt wird gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg, den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Verband der privaten Krankenversicherung im Land Brandenburg



## Inhaltsverzeichnis

|          |   |    |
|----------|---|----|
| <b>1</b> | <b>Einführung in die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren</b> | 4  |
| 1.1      | Hintergrund   | 5  |
| 1.2      | Begriffsbestimmung  | 6  |
| 1.3      | Rechtliche Grundlagen im Land Brandenburg                             | 6  |
| 1.4      | Finanzierung  | 8  |
| 1.5      | Sieben Gründe für eine Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren   | 8  |
| <b>2</b> | <b>Prinzipien des Planungsprozesses</b>                               | 10 |
| 2.1      | Integriertes Handeln  | 10 |
| 2.2      | Partizipation   | 12 |
| 2.3      | Sozialraumorientierung  | 14 |
| 2.4      | Strategische Rahmenbedingungen  | 16 |
| <b>3</b> | <b>Kommunale seniorenpolitische Handlungsfelder</b>                   | 18 |
| 3.1      | Zugang zu Informationen und Beratung                                  | 20 |
| 3.2      | Wohnen und Wohnumfeld   | 20 |
| 3.3      | Gesundheit und Prävention   | 21 |
| 3.4      | Sorge und Pflege  | 21 |
| 3.5      | Offene Begegnungsräume für Seniorinnen und Senioren                   | 22 |
| 3.6      | Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation            | 23 |
| 3.7      | Interkulturelle Öffnung   | 24 |
| 3.8      | Armut und Einsamkeit im Alter   | 25 |
| 3.9      | Demenzsensible Kommune  | 25 |
| 3.10     | Bildung und lebenslanges Lernen                                       | 26 |
| 3.11     | Barrierefreiheit, Mobilität und Verkehr                               | 27 |
| 3.12     | Querschnittsthemen  | 28 |
| <b>4</b> | <b>Planungsschritte</b>   | 29 |
| 4.1      | Initiierung und Beteiligung von Stakeholdern                          | 30 |
| 4.2      | Problembeschreibung und Auswahl von Entwicklungszielen                | 32 |
| 4.3      | Konkrete Ziel- und Maßnahmenentwicklung                               | 34 |
| 4.4      | Umsetzung und Evaluation  | 35 |
| <b>5</b> | <b>Anhang</b>   | 36 |
| 5.1      | Stakeholder-Analyse   | 36 |
| 5.2      | Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse)                              | 37 |
| 5.3      | Ziele-Maßnahmen-Tabelle (ZMT)   | 38 |
| <b>6</b> | <b>Verwendete und weiterführende Literatur</b>                        | 39 |
|          | <b>Wo finden Sie uns?</b>   | 40 |

# 1 Einführung in die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren

Kommunale Planung entspringt dem Bedürfnis, zukünftige Entwicklungen und kommunale Innovationsmöglichkeiten nicht dem Zufall zu überlassen. Sie sorgt dafür, dass Kommunen<sup>1</sup> nicht im „Blindflug“<sup>2</sup> durch gesellschaftliche, soziale und politische Entwicklungen navigieren müssen. Dabei ist Sozialplanung und hier insbesondere die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren als gemeinsame Aufgabe zu verstehen. Zwar liegt die Gesamtverantwortung dafür bei der Kommune, die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort werden aber gleichwohl mit einbezogen<sup>3</sup>.

Denn: „(M)oderne kommunale Sozialplanung für das Alter(n) (ist) als Moderation von regionalen Entscheidungsfindungen zu begreifen“<sup>4</sup>.

Die vorliegende Arbeitshilfe richtet sich sowohl an kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger (z.B. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister) und Personen, die konkret mit einem Planungsauftrag bedacht sind (z.B. Sozialplanerinnen und Sozialplaner), als auch generell an alle, die an einer Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren interessiert sind (z.B. Seniorenbeiräte).

Die Arbeitshilfe soll motivieren, gemeinsam mit anderen (nicht zuletzt mit den Seniorinnen und Senioren selbst) der Frage nachzugehen, wie gutes Altern in der eigenen Kommune aussehen kann.

Im ersten Kapitel der Arbeitshilfe wird die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren politisch, begrifflich und rechtlich eingeordnet. Es werden sieben gute Gründe für eine solche Planung ge-

nannt, die als Argumentationshilfe dafür dienen können, warum die Beschäftigung mit dem Thema relevant ist.

Kapitel zwei geht darauf ein, welche grundlegenden Prinzipien für einen Planungsprozess idealerweise zu beachten sind: Integriertes Handeln, partizipatives und sozialräumliches Vorgehen sowie die Bereitstellung nachhaltiger strategischer Rahmenbedingungen in der Kommune. Diese Prinzipien sind mit einer Checkliste inhaltlich konkretisiert, die dazu einlädt, noch beim Lesen die eigene kommunale Situation zu reflektieren.

In Kapitel drei werden zwölf kommunale senienpolitische Handlungsfelder vorgestellt, die von Armut und Einsamkeit im Alter über Bildung und lebenslanges Lernen bis hin zu Zugängen zu Informationen und Beratung reichen. Sie sind jeweils mit Beispielen aus Kommunen in Brandenburg unterlegt und liefern weiterführende Informationen. Auch hier bietet sich durch freie Textfelder die Möglichkeit, bereits während der Lektüre über die eigene Kommune nachzudenken und Ideen schriftlich zu vermerken.

Im letzten Kapitel wird ein typischer Planungsprozess beschrieben. Einzelne Arbeitsschritte werden aufgelistet und es wird auf weiterführende Informationen verwiesen.

Im Anhang finden Sie Arbeitsblätter für drei Instrumente, die während eines Planungsprozesses oft genutzt werden: die Stakeholder-Analyse, die Stärken-Schwächen-Analyse und eine Ziele-Maßnahmen-Tabelle.

1 Kommune wird hier als Sammelbegriff sowohl für Landkreise/kreisfreie Städte als auch für Gemeinden, amtsfreie Städte und Ämter verwendet.

2 Hensen und Wunderlich, 2017, S. 5

3 Bertelsmann Stiftung, 2010

4 Schäper, Dieckmann, Rohleder, Rodekohr, Katzer und Frewer-Graumann, 2019, S. 30

## 1.1 Hintergrund

Eine der großen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ist der demografische Wandel. Mit steigender Lebenserwartung und tendenziell sinkender Geburtenrate hat sich der Altersquotient in der Bevölkerung (d.h. das Verhältnis von über 65-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen) verändert. Im Jahr 2003 lag dieser Quotient im Land Brandenburg bei 33,3 und im Jahr 2016 bereits bei 39,8<sup>5</sup>.

Alter ist schon lange nicht mehr nur mit Gebrechlichkeit und Bedürftigkeit assoziiert. Ein zeitgemäßes Altersbild beinhaltet den Fokus auf die vielfältigen Potentiale und Interessen älterer Menschen. Kommunale Politik stärkt die soziale, politische und kulturelle Teilhabe von Seniorinnen und Senioren, ermöglicht ihre Mitverantwortung in der örtlichen Gemeinschaft, stärkt ihre Selbstbestimmung und fördert ihre Selbstständigkeit auch bei Unterstützungsbedarf.

Diese Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und dem Verständnis von Altern müssen sich auch in den kommunalen Strukturen widerspiegeln. Anders als Kinder- und Jugendhilfeplanung oder Regionalplanung sind Planungsprozesse für und mit älteren Menschen nicht eindeutig gesetzlich definiert. Das führt dazu, dass praktisch jede Kommune andere Strukturen in der Arbeit für und mit Seniorinnen und Senioren aufweist<sup>6</sup>.

5 [www.wegweiser-kommune.de; gesundheitsplattform.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb2.c.479451.de&template=gesi\\_zeitreihe\\_d](http://www.wegweiser-kommune.de; gesundheitsplattform.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=bb2.c.479451.de&template=gesi_zeitreihe_d)

6 Verein für Sozialplanung, 2015

Der Auf- und Ausbau einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Infrastruktur für ältere Menschen gilt als freiwillige kommunale Aufgabe und ist bei Weitem nicht flächendeckend umgesetzt. Mit den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung ist es aber an der Zeit, dass sich alle Kommunen des Themas annehmen und innovative und nachhaltige Lösungen für ein gutes Leben im Alter entwickeln.

Verschiedene Fachverbände und bundesweite politische Arbeitsgruppen kritisieren diese fehlenden gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Seniorenpolitik und insbesondere die marginalen kommunalen Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Pflege (vgl. Verein für Sozialplanung). 2014 wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Kommunen in der Pflege eingerichtet. Sie kam zu dem Schluss, dass die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten der lokalen Angebotsstruktur sowie die Strukturen für Kooperation und Koordination zwischen Kommune und Pflegekassen ausgebaut werden müssen<sup>7</sup>. Zum Teil wurden diese Empfehlungen im dritten Pflegestärkungsgesetz 2017 aufgegriffen. Die Umsetzung in die Praxis ist allerdings nur teilweise geschehen.

Expertisen auf Bundes- und Landesebene betonen die Notwendigkeit von gesetzlich (und finanziell) hinterlegter Vernetzung und Kooperation sowie einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung (Siebter Altenbericht der Bundesregierung, Enquetekommission Brandenburg).

7 Bundesministerium für Gesundheit, 2014

## 1.2 Begriffsbestimmung

Der Begriff der Altenhilfe hat sich aus einem Fürsorgeverständnis heraus entwickelt, welches lange Zeit als Aufgabe der Familien verstanden wurde. Ab den 1950er Jahren wurden stationäre Einrichtungen der Altenhilfe gefördert und wurden Teil der Daseinsvorsorge in den Kommunen. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Verständnis von Altenhilfe weg von reiner Investitionsförderung hin zu einer strukturellen Gestaltungsaufgabe entwickelt. Studien haben darüber hinaus gezeigt, dass sich Personen im fortgeschrittenen Alter nicht selbstverständlich als „alt“ bezeichnen<sup>8</sup>. Damit einher ging auch die Abkehr von rein fürsorglich-unterstützenden Angeboten hin zu Maßnahmen, die die Selbstbestimmung und Teilhabe von älteren Menschen mit und ohne Pflegebedarf in den Fokus nehmen.

In der kommunalen Praxis wird eine Vielzahl von verschiedenen Begriffen für die Planung mit Schwerpunkt auf die Lebenslagen älterer Menschen verwendet: Alten(-hilfe)planung, Seniorenplanung, Pflege(-struktur)planung, Sozialplanung für Seniorinnen und Senioren usw.

Mit dem Begriff der Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren soll zwar an das Verständnis von Altenhilfe im Sozialgesetzbuch XII angeknüpft werden, welches individuelle Unterstützungsleistungen wie auch kommunale Kooperationsstrukturen beinhaltet. Es soll allerdings weniger das Alter und der Unterstützungsbedarf im Vordergrund stehen, sondern vielmehr das Ermöglichen von sozialer und kultureller Teilhabe in der Gemeinschaft – unabhängig vom gesundheitlichen Zustand und der ökonomischen Lage älterer Menschen.

8 Schäper et al., 2019

## 1.3 Rechtliche Grundlagen im Land Brandenburg

Wie bereits erwähnt, gibt es keine gesetzlichen Vorschriften für eine Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren. Als freiwillige Selbstverpflichtung kann eine solche Planung sich dennoch auf verschiedene Kann-Bestimmungen zur kommunalen Daseinsvorsorge, der Altenhilfeplanung und der pflegerischen Versorgung berufen. Diese sind im Grundgesetz, in den Sozialgesetzbüchern (SGB) und im Gesetz über die pflegerische Versorgung im Land Brandenburg (Landespflegegesetz) zu finden.

### Kommunale Daseinsvorsorge

Das Konzept der Daseinsvorsorge ist kein gesetzlich klar definierter Begriff. Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung<sup>9</sup> beschreibt seine Bedeutung auf drei Ebenen: (1) Leistungen der Grundversorgung, die für das Überleben der Bevölkerung notwendig sind, (2) Leistungen, die die Teilhabe in der Gemeinschaft fördern und (3) Leistungen, die das örtliche Leben aufwerten und angenehm machen.

Den Kommunen wird nach Artikel 28 (2) des Grundgesetzes eingeräumt, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“<sup>10</sup>. Neben einer schützenden Funktion haben die Grundrechte zum Ziel, die persönliche Entfaltung des Individuums und dessen Teilhabe in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Aus dem Grundgesetz lassen sich also Leistungen ableiten, die die Erreichung und Umsetzung dieser Ziele erst möglich machen.

Im Raumordnungsgesetz bezieht sich öffentliche Daseinsvorsorge sowohl auf technische (z.B. Wasser, öffentlicher Personennahverkehr, Tele-

9 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2016

10 [www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

kommunikation) wie auch soziale Dienstleistungen (z.B. Kulturangebote, Kinderbetreuung, Rettungsdienst). Darüber hinaus wird die Herstellung von Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen betont<sup>11</sup>.

Insbesondere ältere Menschen können in dieser Hinsicht als vulnerabel gelten und sind auf gut erreichbare Angebote vor Ort angewiesen. Obwohl der Kommune dadurch eine besondere Verantwortung zufällt, sind diese Aufgaben nicht ohne die Zusammenarbeit zwischen Politik, Kommune, Wohlfahrtsverbänden, Trägern und Zivilgesellschaft zu bewerkstelligen.

### Altenhilfeplanung

Im § 71 SGB XII wird der Begriff der Altenhilfe näher bestimmt. In diesem Rahmen erbrachte Leistungen sollen „dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken“<sup>12</sup>.

Darüber hinaus wurde mit dem dritten Pflegegestärkungsgesetz der Absatz 5 § 71 SGB XII neu eingeführt. Dieser besagt, dass die „Leistungen der Altenhilfe (...) mit den übrigen Leistungen dieses Buches, den Leistungen der örtlichen Altenhilfe und der kommunalen Infrastruktur zur Vermeidung sowie Verringerung der Pflegebedürftigkeit und zur Inanspruchnahme der Leistungen der Eingliederungshilfe zu verzahnen (sind). Die Ergebnisse der Gesamtplanung nach § 58 sowie die Grundsätze der Koordination, Kooperation und Konvergenz der Leistungen nach den Vorschriften des Neunten Buches sind zu berücksichtigen“<sup>13</sup>.

11 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2017

12 [www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbxii/71.html](http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbxii/71.html)

13 Ebd.

Nichtsdestotrotz handelt es sich hier um freiwillige Leistungen, die gerade bei angespannten kommunalen Haushalten nur begrenzt oder gar nicht gewährt werden.

### Pflegerische Versorgung

Der Sicherstellungsauftrag der pflegerischen Versorgung obliegt nach § 69 SGB XI den Pflegekassen. Sie agieren als überörtliche Akteure und sind für Vergütungsvereinbarungen und Versorgungsverträge mit den Leistungsanbietern verantwortlich.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die regionalen pflegerischen Versorgungsstrukturen allerdings sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Das informelle Pflegepotential und die Versorgung durch ambulante Dienste oder stationäre Einrichtungen ist sowohl im Ländervergleich wie auch auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städten sehr verschieden. Das bedeutet, dass auch die Pflegeplanung regional gedacht und umgesetzt werden muss. Deshalb werden über die Landespflegegesetze die Kommunen mit in die Verantwortung für das Vorhalten einer angemessenen Pflegeinfrastruktur genommen<sup>14</sup>.

Im § 8 SGB XI wird die gemeinsame Verantwortung von Ländern, Kommunen, Pflegeeinrichtungen, Pflegekassen und Medizinischem Dienst der Krankenkassen für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung betont. Diese koordinierte Zusammenarbeit soll dazu führen, dass die ambulante und stationäre Versorgung leistungsfähig, regional gegliedert, ortsnah und aufeinander abgestimmt ist.

Der § 9 SGB XI schreibt fest, dass die Bundesländer für eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur verantwortlich sind. In Landesgesetzen soll Näheres dazu bestimmt werden.

14 Schäper et al., 2019

Im Gesetz über die pflegerische Versorgung im Land Brandenburg (LPflegeG) findet sich diese Zielstellung des § 9 SGB XI wieder. Die Kooperation zwischen den im § 8 SGB XI genannten Akteuren im brandenburgischen Kontext wird vorausgesetzt, um diese Ziele zu erreichen.

Im § 4 LPflegeG wird für die Zielerreichung nach § 2 die Bedeutung von lokalen Pflegestrukturen erläutert. Unter Federführung des Landkreises/der kreisfreien Stadt sollen die Träger der Leistungserbringung nach SGB XII (u.a. Hilfe zur Pflege, Altenhilfe) und die Kommunen partnerschaftlich mit den Pflegekassen zusammenarbeiten. Dabei sollen die Kommunikation und Kooperation gefördert, Angebote auf sozialräumlicher Ebene abgestimmt und der regionale Pflegemarkt beobachtet, ausgewertet und Versorgungsstrukturen vernetzt werden.

Nach § 7 LPflegeG ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie angehalten, erhobene Daten zur pflegerischen Versorgung an die Landkreise und kreisfreien Städte für dementsprechende Planung, Steuerung und Koordinierung der Angebote weiterzuleiten.

## 1.4 Finanzierung

Vorhaben, die aus Planungsaktivitäten heraus entwickelt werden, sind durchaus förderfähig (z.B. Personal- und Sachmittel von regionalen (Pflege-)Netzwerken nach § 45c (9) SGB XI oder der Auf- und Ausbau alltagsunterstützender Angebote nach § 45a SGB XI).

Stellen(-anteile) für eine Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren müssen unter Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“) bislang von den Kommunen selbst getragen werden. Fachverbände, wie z.B. der Deutsche Verein, kritisieren diese fehlende Finanzierung für Erhebungen, Planungen und regelmäßiges Monitoring.

## 1.5 Sieben Gründe für eine Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren

Aus eingangs genannten Gründen ist es auch ohne externe Finanzierung notwendig, dass Kommunen sich seniorenpolitisch auf den Weg machen und ihre Aktivitäten in diesem Bereich ausbauen. Im Folgenden wird auf den Punkt gebracht, weshalb dieser Schritt wichtig ist.

### (1) Verantwortung für die Daseinsfürsorge

Kommunen müssen innerhalb wirtschaftlicher Rahmenbedingungen planen und handeln. Dennoch ist das Grundprinzip des kommunalen Handelns auf die Sicherung guter Lebensbedingungen vor Ort ausgerichtet. Ältere Menschen haben dabei besondere Bedarfe an die soziale und gesundheitliche Infrastruktur, die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung auch im hohen Alter ermöglicht. Kommunen sind dabei den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger ganz nah und bereits mit Akteuren verschiedener Versorgungsaspekte vernetzt (z.B. ambulante und stationäre Einrichtungen, Verbände, Selbsthilfegruppen, ...).

### (2) Regionale Steuerung der Versorgung wirkt

Kommunen mit einem hohen ambulanten Versorgungsgrad von Menschen mit Pflegebedarf verfolgen andere Steuerungsansätze als Kommunen mit einem hohen stationären Anteil<sup>15</sup>. Zu ersteren Steuerungsansätzen gehören unter anderem institutionalisierte Vernetzungsgremien im Bereich der Pflege und Altenhilfe sowie ein aktives Gestaltungsinteresse der kommunalen Verwaltung. Das zeigt, wie eine regionale Einflussnahme auf die Versorgungsstrukturen wirken kann.

<sup>15</sup> Bertelsmann Stiftung, 2016



### **(3) Pflege geht alle an**

Die demografischen Herausforderungen erfordern nicht nur eine angemessene Strukturentwicklung im Bereich der Pflege, sondern auch Strategien, die Pflegebedürftigkeit verringern und hinauszögern. Soziale Isolation sowie fehlende körperliche und geistige Aktivität gehören zu den Risikofaktoren von Pflegebedürftigkeit. Durch integrierte kommunale Planungsprozesse des Sozial-, Gesundheits- und Stadt- bzw. Kreisentwicklungsbereiches können Schnittstellen ressortübergreifend und damit letzten Endes ressourcenschonend thematisiert und bearbeitet werden.

### **(4) Orientierung an einem realistischen Alter(n)sbild**

Ältere Bürgerinnen und Bürger haben vielfältige Potentiale und Ressourcen, die berücksichtigt werden sollten. Eine zeitgemäße Teilhabeplanung hat sich dementsprechend davon gelöst, ausschließlich Unterstützungsangebote für ältere Menschen bereitzustellen. Die Kommune kann von der Einbeziehung älterer Bürgerinnen und Bürger nur profitieren und stärkt dabei gleichzeitig deren Selbstbestimmung. Das Ergebnis kommt dabei allen Altersgruppen einer Kommune zugute.

### **(5) Moderation im freien Pflegemarkt**

Durch die Einführung der Pflegeversicherung können sich Anbieter von Pflegeleistungen frei niederlassen. Ausschlaggebend ist nicht ausschließlich der konkrete Bedarf, sondern Kriterien, die von den Pflegekassen definiert werden (vgl. § 72 SGB XI). Die Aufgabe der Kommune ist, in einer moderierenden Rolle den Marktwettbewerb mitzugestalten und so Einfluss auf die Ausgestaltung der pflegerischen örtlichen Infrastruktur zu nehmen.

### **(6) Bedarfsgerechte Versorgung sichern**

Durch eine Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren kann eine kostenintensive Unter-, Über- oder Fehlversorgung vermieden werden. Durch ein Bekenntnis zu einer Versorgungslandschaft, die dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ folgt, können die Kommunen gegebenenfalls Kosten einsparen, indem die Zuzahlungen zur stationären Unterbringung im Rahmen der Sozialleistung Hilfe zur Pflege geringer ausfallen. Die Ausgaben der Sozialhilfe lagen im Land Brandenburg 2018 bei 739 Mio. Euro, dabei entfielen 60,8 Mio. Euro allein auf die Hilfe zur Pflege. 75% davon waren Ausgaben für die stationäre Pflege<sup>16</sup>.

### **(7) Abgestimmte Unterstützungssysteme als Alleinstellungsmerkmal**

Eine gut funktionierende Struktur im Bereich Altern und Pflege kann als Alleinstellungsmerkmal einer Kommune wirken und so einen Wegzug von älteren Bürgerinnen und Bürgern verhindern. Eingebettet in generationsübergreifende Quartierskonzepte läuft eine gut abgestimmte und bedarfsorientierte Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren Hand in Hand mit Unterstützungsstrukturen beispielsweise für Familien sowie für Menschen mit Behinderungen. Damit wird für alle Einwohnerinnen und Einwohner ein gutes Leben vor Ort ermöglicht und ein Grund zu Bleiben geliefert.

16 [www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/statistik\\_sb.asp?sageb=22001&PTyp=700&creg=BB&anzwer=5&bok=1&bbok=1](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/statistik_sb.asp?sageb=22001&PTyp=700&creg=BB&anzwer=5&bok=1&bbok=1)

## 2 Prinzipien des Planungsprozesses

Im Folgenden werden die Eckpfeiler einer Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren erläutert: Integriertes Handeln, Partizipation, Sozialraumorientierung und strategische Rahmenbedingungen. Es ist jeweils eine Checkliste angeschlossen, die zur Reflexion der eigenen lokalen Verwaltungsstrukturen, die für die Seniorenpolitik bedeutsam sind, verwendet werden kann. Die Checklisten erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, dienen aber als Gesprächsgrundlage dafür, welche Aspekte gegebenenfalls mehr Aufmerksamkeit benötigen sollten. Der Fokus liegt weniger auf konkreten Maßnahmen als vielmehr auf den strukturellen Voraussetzungen und Einstellungen.

Bei einem Planungsprozess sind Vernetzung und Kooperation als Querschnittsaufgaben nicht wegzudenken. Das gilt sowohl für integrierte Prozesse innerhalb der Verwaltung als auch für die Kooperation mit externen Dienstleistern, Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen, Wohnungsbaugesellschaften, bürgerschaftlich Engagierten etc. Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung definiert Kooperation und Vernetzung als Kernthema für den Aufbau und die Gewährleistung alternsgerechter nachhaltiger Gemeinschaften<sup>17</sup>.

Eine zeitgemäße Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren ist am Konzept des Wohlfahrtspluralismus oder Welfare-Mix orientiert. Wohlfahrt ist dabei ein Produkt verschiedener Leistungen und Akteure: Primäre Unterstützungsnetzwerke (z.B. Familie, Nachbarschaft) spielen dabei genauso eine Rolle wie Hilfeleistungen, die im Markt eingekauft werden können. Staatliche Einrichtungen sind für Geld- und Sachleistungen sowie eine entsprechende Infrastruktur verantwortlich. Der dritte Sektor (Selbsthilfegruppen, Kirchen, Vereine) leistet seinen Teil für eine ausreichende Daseinsfürsorge durch bürgerschaftliches Engagement<sup>18</sup>. Es geht

darum, die einzelnen Sektoren zusammenzubringen, ihr Zusammenspiel auszubalancieren und ihre jeweiligen Stärken für die Ausgestaltung einer bestmöglichen Daseinsversorgung zu nutzen.

### 2.1 Integriertes Handeln

Aufgabe einer Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren ist es, präventiv auf Entwicklungen im sozialen und demografischen Bereich zu reagieren. Den vielfältigen Bedarfslagen einer immer heterogener werdenden Bevölkerung kann nur begegnet werden, indem interdisziplinär und bereichsübergreifend kooperiert wird<sup>19</sup>. So können finanzielle, personelle und fachliche Ressourcen besser gebündelt werden.

Der Verein für Sozialplanung (2015) nennt drei inhaltlich-strukturelle Steuerungsebenen, die miteinander verzahnt werden sollten. In diesem Dreiebenen-Modell sieht er zum einen die Kommunen in der Pflicht, Zugänge zu Unterstützungssystemen zu schaffen und ein Casemanagement einzurichten. Zum anderen soll eine bedarfsgerechte Infrastruktur durch Vernetzung und gemeinsame Abstimmung der Angebote vorgehalten werden. Auf Ebene der Landkreise/kreisfreien Städte sollen strategische Rahmenplanungen aufgestellt und regelmäßig aktualisierte Daten für die kommunalen Planungsprozesse zur Verfügung gestellt werden.

Schubert et al. (2019) haben ein integriertes Planungsmodell entwickelt, welches die Kooperation zwischen den verschiedenen Ebenen besonders betont. Sie schlagen vor, Planung sowohl auf strategischer als auch dezentral auf operativer Ebene aufzustellen und weitere externe Bezugssysteme in die jeweilige Arbeit zu integrieren (z.B. aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, Programme auf Bundes- oder Landesebene).

<sup>17</sup> Berner und Hagen, 2015

<sup>18</sup> Pfundstein und Baumgärtner, 2010

<sup>19</sup> Schubert, 2019



| <b>Checkliste Integriertes Handeln</b>   | Trifft eher zu | Trifft eher nicht zu | Eigene Anmerkungen |
|--|----------------|----------------------|--------------------|
| <b>Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ist eine kommunale Querschnittsaufgabe.</b>   |                |                      |                    |
| Die verschiedenen kommunalen Fachbereiche sind vernetzt und kooperieren zum Thema Teilhabe von Seniorinnen und Senioren (z.B. Arbeitsgruppen mit Gesundheits-, Sozial-, Stadt-/Kreisentwicklungs- und Bauamt).     |                |                      |                    |
| Die Kommune übernimmt eine aktive Rolle in der Vernetzung, Koordination und Moderation zwischen relevanten Akteuren.   |                |                      |                    |
| Ein Finanztopf für bereichsübergreifende Vorhaben zur Stärkung der Teilhabe von Seniorinnen und Senioren steht zur Verfügung.  |                |                      |                    |
| <b>Politik und Verwaltung arbeiten eng zusammen.</b>   |                |                      |                    |
| Das Thema Teilhabe von Seniorinnen und Senioren erhält politische Unterstützung (z.B. durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister).  |                |                      |                    |
| In der Verwaltungshierarchie ist die verantwortliche Stelle für Teilhabe von Seniorinnen und Senioren möglichst hoch angesetzt (z.B. als Stabsstelle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters).                      |                |                      |                    |
| <b>Strukturen für eine Teilhabepanung für Seniorinnen und Senioren sind auf kreislicher und Gemeindeebene eingerichtet.</b>  |                |                      |                    |
| Die Fachplanung auf Ebene des Landkreises/der kreisfreien Stadt ist mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf Gemeindeebene vernetzt (z.B. Sozialplanerin/Sozialplaner mit Ortsvorsteherin/Ortsvorsteher). |                |                      |                    |
| Kommunalpolitische Gremien setzen sich für seniorenpolitische Belange ein und stoßen Planungsvorhaben an (z.B. Sozialausschüsse, Gemeinderat).   |                |                      |                    |
| Akteure arbeiten in verbindlichen Kooperationsstrukturen auf Kreis- und Gemeindeebene zusammen (z.B. in Pflegenetzwerken, stadtbezogenen Arbeitskreisen).  |                |                      |                    |
| Ergebnisse aus beteiligungsorientierten Vorhaben auf Gemeindeebene fließen in fachliche Planungen auf Ebene des Landkreises/der kreisfreien Stadt ein (z.B. von Quartiersentwicklungsprozessen).                   |                |                      |                    |

## 2.2 Partizipation

Der Bedeutung von Partizipation im Bereich der Sozialplanung gehen Diskussionen in der Stadtentwicklung und der Entwicklungsarbeit sowie die Niederschrift in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation voraus<sup>20</sup>. Partizipation ist nicht als einmalige Aktivität zu begreifen, sondern als andauernder Prozess, der ein Umdenken in der Art und Weise der Zusammenarbeit bedeutet. Partizipation kann in verschiedenen Stufen beschrieben werden, in denen die Entscheidungskompetenz der Zielgruppen unterschiedlich stark eingebunden wird.

Im Zusammenhang mit einer Teilhabepanung für Seniorinnen und Senioren sollen durch die Ein-

bindung älterer Menschen Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Mitbestimmung eröffnet werden<sup>21</sup>. Seniorinnen und Senioren sollen in allen Planungsschritten einbezogen werden: von der Bedarfserhebung hin zur Angebotsplanung, der Umsetzung von Maßnahmen und auch in ihrer abschließenden Bewertung. Solche partizipativ entwickelten Vorhaben sichern nicht nur bedarfsgerechte Angebote. Sie helfen auch Konflikte und Widerstände zu vermeiden, da sie oft während des Planungsprozesses kommunikativ gelöst werden können. Sie können zudem einen aktivierenden und motivierenden Einfluss auf die beteiligten Akteure und die Bevölkerung haben und führen zu einer höheren Identifikation mit den Ergebnissen.

21 Schäper et al., 2019

20 [www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/partizipation.html](http://www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/partizipation.html)

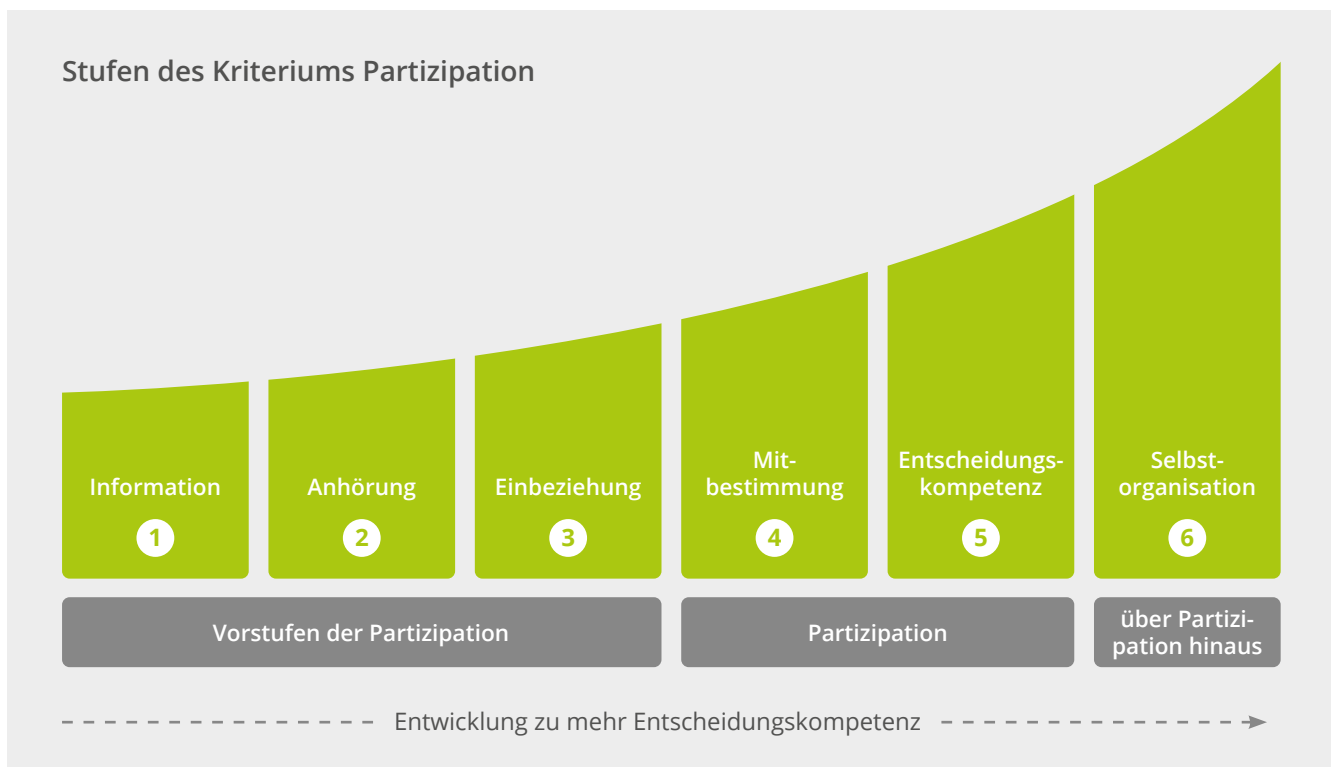


Abbildung 1: Stufen der Partizipation. Quelle: [www.gesund-aktiv-aelter-werden.de/projekt Datenbank/arbeitshilfen-gute-praxis-konkret/kriterium-partizipation](http://www.gesund-aktiv-aelter-werden.de/projekt Datenbank/arbeitshilfen-gute-praxis-konkret/kriterium-partizipation)



| <b>Checkliste Partizipation</b>  | Trifft eher zu | Trifft eher nicht zu | Eigene Anmerkungen |
|--|----------------|----------------------|--------------------|
| <b>Das kommunale Steuerungsverständnis ist kooperativ und partizipativ geprägt.</b>  |                |                      |                    |
| Die TeilhabepLANERIN/der TeilhabepLANER für Seniorinnen und Senioren verfügt über Kenntnisse zu Beteiligungsmethoden und wendet sie an (z.B. in Zukunftswerkstätten).  |                |                      |                    |
| Seniorinnen und Senioren werden als wichtige Expertinnen und Experten für Planungsprozesse anerkannt und gezielt aktiviert, sich dort einzubringen (z.B. durch Beteiligung im Seniorenbeirat oder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner).       |                |                      |                    |
| Verschiedene Formen der Beteiligung für unterschiedliche Zielgruppen werden angeboten (z.B. Ortsbegehungen für Seniorinnen und Senioren, thematische Werkstätten für Fachkräfte).  |                |                      |                    |
| Es existieren öffentlich zugängliche Leitlinien zu kommunalen Beteiligungsformaten und -möglichkeiten (z.B. zur Beteiligung des Seniorenbeirats in Gremien oder der Bevölkerung bei Stadt-/Dorfentwicklungsprozessen).                                 |                |                      |                    |
| <b>Es existiert eine transparente Kommunikation zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Leistungsträgern.</b>   |                |                      |                    |
| Kommunale Zuständigkeiten und Ansprechpersonen zum Thema Teilhabe von Seniorinnen und Senioren sind klar benannt und nach außen bekannt gemacht (z.B. für bürgerschaftliches Engagement, Planung und Koordination).                                    |                |                      |                    |
| Es werden zielgruppenspezifische Kanäle und Medien genutzt, um relevante Informationen bekannt zu machen (z.B. Amtsblatt, Informationsveranstaltungen in Seniorenfreizeitstätten, persönliche Ansprache durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren). |                |                      |                    |

## 2.3 Sozialraumorientierung

Zentrale Bezugsgröße einer modernen Sozial- und Teilhabeplanung ist als kleinste Raumebene der Sozialraum. Er lässt sich in diesem Kontext meist nicht analog zu verwaltungstechnischen Einordnungen wie Stadtbezirken sehen. Er ist vielmehr ein Ergebnis und gleichzeitig Bedingungsfaktor für das soziale Handeln seiner Bewohnerinnen und Bewohner und stellt deren Lebensräume dar. Dabei ist er „lebendig“ formbar und von sozialen Beziehungsnetzen und Hierarchien sowie materiellen und immateriellen Grundlagen geprägt.

Neben einem territorialen Verständnis von Sozialraum ist die Sozialraumorientierung ebenfalls ein Konzept der Sozialen Arbeit<sup>22</sup>. Dabei steht der Wille der Personen im Sozialraum im Vordergrund. Des Weiteren ist die Arbeit auf die Förderung der Selbstständigkeit ausgerichtet und nicht nur auf

die Betreuung einer Person oder Personengruppe. Ressourcen der Personen und des Raumes sind maßgebend für die Ausgestaltung der Angebote und zielgruppen- und bereichsübergreifend entwickelt. Um einzelne Personen zu unterstützen, müssen die verschiedenen Dienste und Angebote im Raum vernetzt und aufeinander abgestimmt sein<sup>23</sup>.

Unter dem Stichwort der kommunalen altersgerechten Quartiersentwicklung werden die planerischen und pädagogischen Aspekte der Sozialraumorientierung zusammengefasst und der Vernetzung der Angebote und relevanten Akteure besondere Bedeutung verliehen.

---

22 Schäper et al., 2019

---

23 [www.uni-due.de/biwi/issab/sozialraumorientierung](http://www.uni-due.de/biwi/issab/sozialraumorientierung)



| Checkliste Sozialraumorientierung   | Trifft eher zu | Trifft eher nicht zu | Eigene Anmerkungen |
|---|----------------|----------------------|--------------------|
| <b>Der Sozialraum ist klar definiert.</b>   |                |                      |                    |
| Der Sozialraum ist anhand von nachvollziehbaren Merkmalen abgegrenzt (z.B. durch statistische oder qualitative Merkmale oder administrative Einteilungen).  |                |                      |                    |
| Die Sozialräume werden von allen Fachbereichen als verbindliche Planungseinheiten anerkannt und genutzt.  |                |                      |                    |
| Veränderungen in den Bedarfen der Seniorinnen und Senioren vor Ort werden durch verschiedene Methoden erhoben (z.B. durch Stadt-/Ortsteilbegehungen, Befragungen, Interviews).  |                |                      |                    |
| Die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren greift Erhebungen im und über den Sozialraum auf (z.B. in Handlungsempfehlungen und Maßnahmen auf Sozialraumebene).  |                |                      |                    |
| <b>Die Eigenständigkeit des Sozialraums wird gefördert.</b>   |                |                      |                    |
| Eine Fachkraft in den Sozialräumen fungiert als lokale Ansprechperson und vermittelt zwischen Verwaltung, Leistungsträgern und Zivilgesellschaft (z.B. als Quartiersmanagerin/Quartiersmanager, Dorfkümmern/Dorfkümmerner). |                |                      |                    |
| Lokale Gremien können über die Gelder eines Sozialraumbudgets entscheiden (z.B. Stadtteilbudgets).  |                |                      |                    |

## 2.4 Strategische Rahmenbedingungen

Über-, Unter- oder Fehlplanungen können ressourcenschädigend sein und scheitern in ihrem Versuch, die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren zielgerichtet zu verbessern. Geplantes und vor allem regelmäßig überprüftes und reflektiertes Vorgehen hilft, eine tragfähige und vertrauensvolle Zusammenarbeit vor Ort zu entwickeln.

Damit verbunden sind strategisch sinnvoll verankerte und langfristige Personalstellen für seniorenpolitisches kommunales Handeln. Sie fungieren als Gerüst, das die Entwicklung von innovativen und passgenauen Vorhaben unterstützt. Sie sind wichtig für die Moderation des Spannungsverhältnisses zwischen daseinsrelevanten Bedarfen und ökonomischen Zwängen sowie verschiedenen Motivationen und Anforderungen an eine moderne Seniorenpolitik. Außerdem helfen sie dabei, bestimmte Werte im seniorenpolitischen Handeln zu sichern und ermöglichen ein sachliches und transparentes Vorgehen.





| Checkliste strategische Rahmenbedingungen | Trifft eher zu | Trifft eher nicht zu | Eigene Anmerkungen |
|---|----------------|----------------------|--------------------|
|---|----------------|----------------------|--------------------|

### Verwaltungshandeln im Bereich Seniorenpolitik ist strategisch ausgerichtet.

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| Aktuelle kommunale Leitziele dienen als Orientierung für das Verwaltungshandeln (z.B. in Form von seniorenpolitischen Leitlinien).  |  |  |  |
| Ein Teilhabebericht für Seniorinnen und Senioren (o.Ä.) mit sozialräumlichen Analysen und Handlungsempfehlungen wird regelmäßig fortgeschrieben.                            |  |  |  |
| Maßnahmen der Seniorenpolitik werden planvoll umgesetzt (z.B. durch Erhebung des tatsächlichen Bedarfs).  |  |  |  |
| Ziele, Maßnahmen und Methoden, die im Rahmen der Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren entwickelt wurden, werden regelmäßig in Bezug auf ihre Wirksamkeit überprüft. |  |  |  |

### Die Personalausstattung für die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren ist den Aufgaben angemessen.

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| Eine Personalstelle für die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren (ggf. als Teil der Sozialplanung) ist eingerichtet.  |  |  |  |
| Aktivitäten rund um die Teilhabeplanung für Seniorinnen und Senioren erfolgen aufeinander abgestimmt (z.B. Koordination von Arbeitskreisen, Erhebung von Bedarfen, Erstellung von Teilhabeberichten). |  |  |  |

### 3 Kommunale seniorenpolitische Handlungsfelder

Die Anforderung, die kommunale Daseinsvorsorge insbesondere auch für ältere Menschen auszugestalten, bedeutet, dass Kommunen zum einen dafür sorgen sollten, existenzsichernde Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gehört es auch zu ihren Aufgaben, durch Koordinierung und Vernetzung die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung bei ihren älteren Bewohnerinnen und Bewohnern zu fördern<sup>24</sup>. Jede Kommune hat dabei ganz eigene Ressourcen und Bedarfe, wie genau die Ausgestaltung der lokalen Infrastruktur für ältere Menschen aussehen kann<sup>25</sup>.

Es können verschiedene Handlungsfelder in den Blick genommen werden und auf die kommunale Praxis und Struktur angepasst werden. Folgende Checkliste kann als Schnelleinstieg genutzt werden, um sich einen Überblick über die eigenen kommunalen seniorenpolitischen Schwerpunkte zu verschaffen.

Im Anschluss werden die einzelnen Handlungsfelder genauer erläutert und bieten Raum für eine detaillierte Reflexion.

---

24 Knaup und Weber, 2015

25 Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO), 2017



| Kommunale seniorenpolitische Handlungsfelder               | Meine Kommune ...       |                            | Eigene Anmerkungen |
|--|-------------------------|----------------------------|--------------------|
|  | ist hier bereits aktiv. | ist hier noch nicht aktiv. |                    |
| Zugang zu Informationen und Beratung                       |                         |                            |                    |
| Wohnen und Wohnumfeld                                      |                         |                            |                    |
| Gesundheit und Prävention                                  |                         |                            |                    |
| Sorge und Pflege   |                         |                            |                    |
| Offene Begegnungsräume für Seniorinnen und Senioren        |                         |                            |                    |
| Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation |                         |                            |                    |
| Interkulturelle Öffnung                                    |                         |                            |                    |
| Armut und Einsamkeit im Alter                              |                         |                            |                    |
| Demenzsensible Kommune                                     |                         |                            |                    |
| Bildung und lebenslanges Lernen                            |                         |                            |                    |
| Barrierefreiheit, Mobilität und Verkehr                    |                         |                            |                    |
| Querschnittsthemen   |                         |                            |                    |

### 3.1 Zugang zu Informationen und Beratung

In Anbetracht der Vielzahl von Angeboten für ältere Menschen, Personen mit Unterstützungsbedarf und deren Angehörige verliert man schnell den Überblick. Das gilt für Einzelpersonen genauso wie für Anbieter im Bereich Seniorenarbeit und Pflege.

Aufgabe der Kommune ist die Bereitstellung und Schaffung von niedrigschwelligen und zielgruppen-gerechten Informationen und deren Streuung, um möglichst allen Personen die Auswahl an für sie passenden Angeboten zu gewährleisten. Verschiedene Zugangswege und Medien sollten je nach Zielgruppe genutzt werden, wie beispielsweise Flyer und Zeitungsannoncen. Die persönliche Ansprache und Einbeziehung von Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren bei der Bewerbung von Angeboten kann besonders wertvoll sein. Mit einem solchen Vorgehen können außerdem Lücken in der Versorgungslandschaft identifiziert und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren ausgebaut werden.

### 3.2 Wohnen und Wohnumfeld

Mit zunehmendem Alter nehmen die eigene Wohnung und kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung und Begegnungsorten eine immer größere Bedeutung ein, um die eigene Selbstständigkeit im Alltag zu erhalten. Ziel einer



#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

#### Praxisbeispiel:

- **Landkreis Oder-Spree: Seniorenkompass<sup>26</sup>**  
Gerontopsychiatrisch-Geriatriischer Verbund OS e.V. in Zusammenarbeit mit Vetschau, Großräschen und Lübbenau
- **Kreisfreie Stadt Potsdam: Netzwerk Älter werden in Potsdam<sup>27</sup>**  
Zusammenschluss verschiedener Akteure aus dem Bereich Altern und Pflege in Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam

#### Weitere Informationen:

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.: [www.bagso.de](http://www.bagso.de)

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

#### Praxisbeispiel:

- **Landkreis Havelland: Musterwohnung Selma** (Selbständig leben mit Alltagshilfen)<sup>28</sup>  
Zusammenarbeit zwischen Landkreis Havelland, Stadt Rathenow, Wohnungsbaugesellschaft mbH Rathenow, Diakonie Havelland, Pflegestützpunkt Havelland, Kreissenorenbeirat und AAB Innenarchitekturbüro
- **Landkreis Elbe-Elster, Herzberg: Koordinierungsstelle für neue Wohnformen<sup>29</sup>**  
Pflegestützpunkt Elbe-Elster in Zusammenarbeit mit Landkreis Elbe-Elster

#### Weitere Informationen:

- Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte: Wohnportal Wohnen im Alter in Brandenburg [www.wohnen-im-alter-in-brandenburg.de](http://www.wohnen-im-alter-in-brandenburg.de)
- Landesamt Bauen und Verkehr Brandenburg: gute Beispiele der brandenburgischen Stadtentwicklung [lbv.brandenburg.de/1161.php](http://lbv.brandenburg.de/1161.php)

26 [www.gpgv-osl.de/sich-informieren](http://www.gpgv-osl.de/sich-informieren)

27 [www.aelter-werden-in-potsdam.de/partner](http://www.aelter-werden-in-potsdam.de/partner)

28 [www.wohnen-im-alter-in-brandenburg.de/upload/docs/Musterwohnungen/FLYER\\_neue%20Oeffnungszeiten.pdf](http://www.wohnen-im-alter-in-brandenburg.de/upload/docs/Musterwohnungen/FLYER_neue%20Oeffnungszeiten.pdf)

29 [www.lkee-barrierefrei.de/pflegestuertzpunkt](http://www.lkee-barrierefrei.de/pflegestuertzpunkt)

kommunalen Wohn- und Quartierspolitik sollte deshalb die Gewährleistung entsprechender Angebote im Dorf-/Stadtteil sowie bezahlbarer alternsgerechter und barrierefreier Wohnraum sein. Außerdem sollte sie auf eine gute Integration und Verteilung verschiedener Bevölkerungs- und Altersgruppen und der alltagsrelevanten Infrastruktur zielen<sup>30</sup>.

### 3.3 Gesundheit und Prävention

Unterschiedliche Akteure sind dafür verantwortlich, eine ausreichende und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung sicherzustellen (u.a. Krankenkassen, kassenärztliche Vereinigungen). Der kommunale öffentliche Gesundheitsdienst hat meist die Aufgabe, diese Rahmenbedingungen an die lokalen Gegebenheiten anzupassen und Angebote dementsprechend zu planen.

Neben einer angemessenen medizinischen Infrastruktur sind auch Maßnahmen der individuellen Verhaltensprävention (z.B. Besuch von Sportkursen) und Aktivitäten im Bereich der Verhältnisprävention (z.B. Bau von Fahrradwegen) wichtig, um die körperliche, psychische und soziale Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, gesundheitliche Einschränkungen so lange wie möglich hinauszuzögern und die Selbstbestimmung auch im Pflegefall zu gewährleisten.

<sup>30</sup> BAGSO, 2017

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.



#### Praxisbeispiel:

- **Landkreis Potsdam-Mittelmark: SeniorKompetenzTeam<sup>31</sup>**  
Akademie 2. Lebenshälfte in Zusammenarbeit mit Landkreis Potsdam-Mittelmark
- **Landkreis Havelland: regionale Gesundheitskonferenz<sup>32</sup>**  
Gesundheitsamt Havelland in Zusammenarbeit mit regionalen Vertreterinnen und Vertretern der medizinischen Versorgung, Verbänden und Vereinen sowie Kosten- und Leistungsträgern

#### Weitere Informationen:

- Bündnis Gesund Älter werden im Land Brandenburg  
[www.buendnis-gesund-aelter-werden.de](http://www.buendnis-gesund-aelter-werden.de)
- Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Brandenburg  
[www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/brandenburg](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/brandenburg)
- Gesunde Städte-Netzwerk  
[www.gesunde-staedte-netzwerk.de](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de)

### 3.4 Sorge und Pflege

Mit fortgeschrittenem Alter steigt auch das Risiko, auf pflegerische Unterstützung angewiesen zu sein. Im Land Brandenburg werden ca. drei Viertel aller Menschen mit Pflegebedarf zu Hause gepflegt.

<sup>31</sup> [www.seniortrainerpm.de](http://www.seniortrainerpm.de)

<sup>32</sup> [www.havelland.de/arbeit-leben/gesundheit/regionale-gesundheitskonferenz](http://www.havelland.de/arbeit-leben/gesundheit/regionale-gesundheitskonferenz)

Aufgabe der Kommune ist es deshalb, vom Menschen und dessen Häuslichkeit heraus gedacht, Angebote für Menschen mit Pflegebedarf und für ihre Angehörigen aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Dazu gehört die Vernetzung von ambulanten, stationären und teilstationären An-

geboten (z.B. ambulante Pflege, Pflegeheime, betreutes Wohnen, Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Hospizdienste), komplementären Diensten (z.B. hauswirtschaftliche Dienste) wie auch bürgerschaftlich erbrachten Unterstützungsleistungen (z.B. Besuchsdienste, alltagsunterstützende Angebote nach § 45a SGB XI) und Angeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger.



**Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?**

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

**Praxisbeispiel:**

- **Kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel: Pflegenetzwerk Zukunft Pflege Brandenburg (ZuPf)**<sup>33</sup>  
Verschiedene Akteure aus dem Bereich Altern und Pflege in Zusammenarbeit mit kreisfreier Stadt Brandenburg an der Havel
- **Landkreis Elbe-Elster: Pflegekreise**<sup>34</sup>  
Verschiedene Akteure in Zusammenarbeit mit Kommunen, Landkreis und Pflegestützpunkt
- **Landkreis Ostprignitz-Ruppin (OPR): Gut älter werden – Bericht Schwerpunkt: Pflege**<sup>35</sup>  
Landkreis OPR in Zusammenarbeit mit u.a. Seniorenbeirat OPR und Pflegestützpunkt Neuruppin

**Weitere Informationen:**

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Siebter Altenbericht [www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der\\_Siebte\\_Altenbericht.pdf](http://www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der_Siebte_Altenbericht.pdf)
- Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ): Broschüre Grundlagen zum Aufbau von regionalen Netzwerken [www.fapiq-brandenburg.de](http://www.fapiq-brandenburg.de)

**3.5 Offene Begegnungsräume für Seniorinnen und Senioren**

**Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?**

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

**Praxisbeispiel:**

- **Landkreis Märkisch-Oderland, Bruchmühle: Bürger- und Kreativhaus Zur alten Mühle**<sup>36</sup>  
Jugend- und Kulturverein Bruchmühle e.V. in Zusammenarbeit mit Stadt Altlandsberg
- **Landkreis Teltow-Fläming, Zossen: Wiederbelebung des Alten Krankenhauses als Treffpunkt, Begegnungs- und Entspannungsplatz**<sup>37</sup>  
Die LebensStadt e.V. in Zusammenarbeit mit Stadt Zossen

**Weitere Informationen:**

- Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser Brandenburg [www.lag-mgh-brb.de](http://www.lag-mgh-brb.de)

36 [www.bruchmuehle.de/cms/front\\_content.php?idart=1732](http://www.bruchmuehle.de/cms/front_content.php?idart=1732)

37 [dielebensstadt.de](http://dielebensstadt.de)

33 Internetpräsenz im Aufbau

34 [www.lkee.de/Leben-Kultur/Netzwerk-Pflege-Elbe-Elster](http://www.lkee.de/Leben-Kultur/Netzwerk-Pflege-Elbe-Elster)

35 [www.ostprignitz-ruppin.de/media/custom/353\\_6310\\_1.PDF?1558950219](http://www.ostprignitz-ruppin.de/media/custom/353_6310_1.PDF?1558950219)

Mit zunehmendem Alter steht oft mehr frei verfügbare und weniger regulierte Zeit zur Verfügung. Gleichzeitig kann es sein, dass wichtige soziale Netzwerke, die an den Beruf geknüpft waren, mit Eintritt in die Rentenzeit an Bedeutung verlieren.

Aufgabe der Kommune kann sein, Begegnungs- und Kontaktorte zu etablieren, verschiedene soziale, kulturelle und Bildungsveranstaltungen für ältere Menschen anzustoßen oder bestehende Angebote hinsichtlich der älteren Zielgruppe auszubauen. Die Beteiligung von älteren Menschen bei der Planung solcher Aktivitäten und Räumen nimmt einen besonderen Stellenwert ein, um Angebote bedarfsgerecht zu entwickeln und ihre Akzeptanz zu erhöhen.

### 3.6 Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation

Das freiwillige Engagement älterer Menschen in der Kommune kann verschiedene Formen annehmen: von der Arbeit im Seniorenbeirat, dem Vorlesen in der Kita, der Leitung einer Selbsthilfegruppe bis hin zur ehrenamtlichen Alltagsunterstützung von pflegebedürftigen Menschen. Durch diese Aktivitäten wird die Gesellschaft vor Ort mit- und ausgestaltet und die Möglichkeit zur demokratischen Mitwirkung wird genutzt. Bürgerschaftliches Engagement befördert zudem die Identifikation mit dem Gemeinwesen vor Ort. In einem subsidiären Staat, in dem nicht alle gemeinwohlorientierten Aufgaben durch Steuern finanziert werden, ist ein solches Engagement wichtiges Öl im Getriebe.

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.



#### Praxisbeispiel:

- **Kreisfreie Stadt Potsdam: WerkStadt für Beteiligung<sup>38</sup>**  
Kreisfreie Stadt Potsdam in Zusammenarbeit mit Beteiligungsrat Potsdam und mitMachen e.V.
- **Landkreis Teltow-Fläming, Ludwigsfelde: Stadtteilspaziergänge<sup>39</sup>**  
Seniorenbeirat Ludwigsfelde in Zusammenarbeit mit Bürgermeister Ludwigsfelde
- **Landkreis Oberhavel: Seniorengenossenschaft Oberhavel<sup>40</sup>**  
Deutsches Rotes Kreuz Märkisch-Oder-Havel-Spree e.V.

#### Weitere Informationen:

- Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen  
[www.lagfa-brandenburg.de](http://www.lagfa-brandenburg.de)

Bürgerschaftliches Engagement variiert zwischen ländlich und städtisch geprägten Regionen, gestaltet sich unterschiedlich zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den sozialen Milieus. Die Aufgabe der Kommune sollte darin liegen, bürgerschaftliches Engagement systematisch und dauerhaft zu fördern. Bestandteile dessen sollten die Steuerung und Koordination, eine breite Öffentlichkeitsarbeit und eine wertschätzende Anerkennungskultur sein.

<sup>38</sup> [buergerbeteiligung.potsdam.de/content/kontakt-werkstadt-fuer-beteiligung](http://buergerbeteiligung.potsdam.de/content/kontakt-werkstadt-fuer-beteiligung)

<sup>39</sup> [www.ludwigsfelde.de/veranstaltung/stadtteilspaziergang-ludwigsfelde-west](http://www.ludwigsfelde.de/veranstaltung/stadtteilspaziergang-ludwigsfelde-west)

<sup>40</sup> [www.drk-mos.de](http://www.drk-mos.de)



### 3.7 Interkulturelle Öffnung

Auch wenn Personen mit Zuwanderungsgeschichte bisher eine eher kleinere Gruppe innerhalb aller Seniorinnen und Senioren sind, steigt auch ihr Anteil mit dem demografischen Wandel. Die gesundheitliche Ungleichheit fällt hier besonders auf, welche oft mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus, prekären Arbeitsbedingungen, geringeren finanziellen Mitteln und der Trennung von Familienangehörigen zusammenhängt. Bei älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die auf pflegerische Unterstützung angewiesen sind, können kulturelle Gepflogenheiten, beispielsweise in Bezug auf Intimität oder sprachliche Verständigung, eine Pflegesituation mit externen Dienstleistern erschweren. Das kann gegebenenfalls auch der Grund dafür sein, dass ältere Personen mit Zuwanderungsgeschichte überproportional häufig von Angehörigen gepflegt werden.

Die Aufgabe der Kommune kann hier darin liegen, die Zugänge zu und die Inanspruchnahme von Informations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen zu gewährleisten, zum Beispiel durch das Einbinden von migrantischen Organisationen in regionale Netzwerke, dem Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Ansprache der Adressatinnen und Adressaten oder durch mehrsprachige Übersetzungen von Informationsmaterialien.

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

#### Praxisbeispiel:

- **Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóseubuz: Austausch zwischen Beirat für Integration und Migration und dem Seniorenbeirat<sup>41</sup>**  
Stadt Cottbus/Chóseubuz
- **Kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder): Leitbild Integration mit Handlungsempfehlung zur interkulturellen Öffnung von Pflegeeinrichtungen<sup>42</sup>**  
Stadtverwaltung Frankfurt (Oder) in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt

#### Weitere Informationen:

- INBAS-Sozialforschung GmbH: Bestandsaufnahme zur selbstständigen Lebensführung älterer Migrantinnen und Migranten  
[www.inbas-sozialforschung.de/fileadmin/user\\_upload/Projektberichte/1808\\_INBAS-SF\\_Bestandsaufnahme\\_aeltereMigranten.pdf](http://www.inbas-sozialforschung.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/1808_INBAS-SF_Bestandsaufnahme_aeltereMigranten.pdf)
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz: Materialien zu Demenz und Migration  
[www.demenz-und-migration.de/materialien](http://www.demenz-und-migration.de/materialien)
- Kommunale Integrationszentren Nordrhein-Westfalen  
[www.kommunale-integrationszentren-nrw.de](http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de)

41 [www.cottbus.de/files/storage/file/ae916cd7-f67d-4c59-a5b1-aa63eb8b4d9b/20190227\\_Externes\\_Protokoll\\_4\\_Sitzung.pdf](http://www.cottbus.de/files/storage/file/ae916cd7-f67d-4c59-a5b1-aa63eb8b4d9b/20190227_Externes_Protokoll_4_Sitzung.pdf)

42 [www.frankfurt-oder.de/PDF/Leitbild\\_Integration.PDF?ObjSvrID=2616&ObjID=5344&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1507273243](http://www.frankfurt-oder.de/PDF/Leitbild_Integration.PDF?ObjSvrID=2616&ObjID=5344&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1507273243)



### 3.8 Armut und Einsamkeit im Alter

Altersarmut äußert sich sehr komplex und ist nicht nur anhand von finanziellen Ressourcen festzumachen. Armut kann als Unterversorgung in verschiedenen Lebensbereichen beschrieben werden. Dazu gehören Wohnen, Gesundheit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind darüber hinaus besonders gefährdet, von Altersarmut betroffen zu sein. Dazu zählen insbesondere ältere Frauen und ältere Personen mit Zuwanderungsgeschichte.

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

#### Praxisbeispiel:

- **Landkreis Oder-Spree, Eisenhüttenstadt: Nette Leute in Guten Stuben**<sup>43</sup>  
Behinderten- und Seniorenbeauftragte der Stadt in Zusammenarbeit mit Agentur für Engagement und Stadtteilbüro offis
- **Landkreis Prignitz, Wittenberge: Bürgerzentrum Wittenberge**<sup>44</sup>  
SOS Kinderdorf in Zusammenarbeit mit der Stadt Wittenberge

#### Weitere Informationen:

- Forum Seniorenarbeit: Broschüre Armut im Sozialraum  
[forum-seniorenarbeit.de/wp-content/uploads/2018/07/Armut-im-Sozialraum\\_FSA.pdf](http://forum-seniorenarbeit.de/wp-content/uploads/2018/07/Armut-im-Sozialraum_FSA.pdf)
- Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen: Broschüre Aktiv gegen Armut  
[lsv-nrw.de/wp-content/uploads/2018/04/Aktiv-gegen-Armut.pdf](http://lsv-nrw.de/wp-content/uploads/2018/04/Aktiv-gegen-Armut.pdf)

43 [afe-ehst.de/nette-leute-in-guten-stuben](http://afe-ehst.de/nette-leute-in-guten-stuben)

44 [www.wittenberge.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=67669](http://www.wittenberge.de/verzeichnis/visitenkarte.php?mandat=67669)

Armut lässt sich kommunal nicht unbedingt direkt beeinflussen, die Einbindung der von Altersarmut betroffenen Menschen dagegen schon. Die aufsuchende Information zu (Schuldner-)Beratungsangeboten und Leistungen der Grundsicherung im Alter, Vergünstigungen in kulturellen und sozialen Einrichtungen oder die Schaffung von kostenfreien und wohnortnahen Kontakt- und Begegnungsorten sind gute Beispiele dafür.

### 3.9 Demenzsensible Kommune

Für die Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen braucht es viele Akteure vor Ort. Um Personen mit einer Demenzerkrankung weiterhin gesellschaftlich und sozial einzubinden, müssen nicht nur Pflegedienste, Krankenhäuser, Hausärztinnen und -ärzte und Apotheken, sondern auch der Einzelhandel, Polizei und Zivilgesellschaft wie Vereine und die Nachbarschaft an einem Strang ziehen.

Die Aufgaben der Kommune können dabei sehr vielfältig sein: von der Einrichtung von Beratungs- und Kontaktstellen über die Verknüpfung der Angebote, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Menschen mit Demenz bis hin zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und bestimmter Berufsgruppen für das Thema.





**Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?**

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

**Praxisbeispiel:**

- **Landkreis Uckermark: Demenz-Netzwerk Uckermark e.V.**<sup>45</sup>  
Zusammenarbeit von regionalen Akteuren, die an der Versorgung und Betreuung demenzerkrankter Personen beteiligt sind
- **Landkreis Dahme-Spreewald: Fachtisch Demenz Königs Wusterhausen**<sup>46</sup>  
Zusammenarbeit verschiedener regionaler Akteure, die Angebote für an Demenz erkrankte Personen anbieten sowie der Stadt und dem Seniorenbeirat
- **Landkreis Spree-Neiße, Spremberg: Angehörigenschulung Hilfe beim Helfen**<sup>47</sup>  
Gerontopsychiatrischer Verbund Cottbus/Spree-Neiße e.V. in Zusammenarbeit mit der Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V. Selbsthilfe Demenz und BARMER

**Weitere Informationen:**

- Kompetenzzentrum Demenz für das Land Brandenburg in Trägerschaft der Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V. Selbsthilfe Demenz [www.demenz-brandenburg.de](http://www.demenz-brandenburg.de)
- Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg e.V. Selbsthilfe Demenz: Broschüre Herausforderung Demenz – aktiv werden in der Kommune [www.alzheimer-bw.de/fileadmin/AGBW\\_Medien/AGBW-Dokumente/Projekte\\_Kooperationen/DeKo/Impulspapier/Herausforderung\\_Demenz-Impulspapier.pdf](http://www.alzheimer-bw.de/fileadmin/AGBW_Medien/AGBW-Dokumente/Projekte_Kooperationen/DeKo/Impulspapier/Herausforderung_Demenz-Impulspapier.pdf)

45 [www.demenz-netzwerk-uckermark.de](http://www.demenz-netzwerk-uckermark.de)

46 [www.wegweiser-demenz.de/lokale-allianzen/lokale-allianzen/projektuebersicht/projekt/practex/show/2.html](http://www.wegweiser-demenz.de/lokale-allianzen/lokale-allianzen/projektuebersicht/projekt/practex/show/2.html)

47 [www.gpv-cb-spn.de/angehoerigenschulungen.php](http://www.gpv-cb-spn.de/angehoerigenschulungen.php)

### 3.10 Bildung und lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung, um gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen zu verstehen, an ihnen teilzuhaben und sie mitzugestalten.

Zu einer kommunalen Bildungspolitik gehört, dass der Zugang zu und das Angebot von Bildung auch mit Blick auf die ältere Bevölkerung geplant werden. Nicht alle Personen haben lange formale Bil-

**Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?**

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

**Praxisbeispiel:**

- **Landkreis Märkisch-Oderland, Letschin: Seniorenakademie**<sup>48</sup>  
Arbeitsinitiative Letschin e.V. mit Unterstützung des Bürgermeisters
- **Landkreis Potsdam-Mittelmark: Förderprogramm Aktiv sein im Alter**<sup>49</sup>  
Landkreis Potsdam-Mittelmark

**Weitere Informationen:**

- Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg [www.akademie2.lebenshaelfte.de](http://www.akademie2.lebenshaelfte.de)
- Forum Seniorenarbeit Nordrhein-Westfalen [www.forum-seniorenarbeit.de/digitales](http://www.forum-seniorenarbeit.de/digitales)

48 [www.fapiq-brandenburg.de/practiceexample/seniorenakademie-letschin](http://www.fapiq-brandenburg.de/practiceexample/seniorenakademie-letschin)

49 [www.potsdam-mittelmark.de/de/bildung-soziales/offensive-aktiv-sein-im-alter](http://www.potsdam-mittelmark.de/de/bildung-soziales/offensive-aktiv-sein-im-alter)

dungswege hinter sich. Angebote müssen deshalb in ihren Lehr- und Lernformen sowie in Bezug auf die verwendeten Lernmaterialien für die verschiedenen Lebenslagen und Erfahrungen der älteren Menschen niedrigschwellig und ansprechend gestaltet werden.

### 3.11 Barrierefreiheit, Mobilität und Verkehr

Die Selbstständigkeit und Teilhabe älterer Menschen, insbesondere von denjenigen, die körperliche und/oder psychische Einschränkungen haben, ist eng an ihre Mobilität geknüpft.

Die Kommune kann diesem Umstand Rechnung tragen, indem sie beispielsweise Beteiligungsverfahren wie Stadtteilspaziergänge initiiert, um Bedarfe hinsichtlich Mobilität und Barrierefreiheit abzufragen. Bauämter sollten eng mit Senioren- und Behindertenräten zusammenarbeiten, um deren Bedarfe schon in der Planungsphase von öffentlichen Räumen und Gebäuden zu berücksichtigen (zum Beispiel an ausreichenden Sitzgelegenheiten). Insbesondere im ländlichen Raum mit ausgedünnter Infrastruktur bieten sich mobile Bürgerämter an.

Die meisten Vorhaben zur Verbesserung der Barrierefreiheit und der Mobilität kommen darüber hinaus auch anderen Bevölkerungsgruppen zugute (wie zum Beispiel abgesenkte Bordsteine für Eltern mit Kinderwägen).

#### Ist Ihre Kommune in diesem Handlungsfeld bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.



#### Praxisbeispiel:

- **Landkreis-Märkisch Oderland: pampa – die Mitfahr-App fürs Land<sup>50</sup>**  
Gemeinde Prötzel in Zusammenarbeit mit Raum für Zukunft
- **Landkreis Oder-Spree, Eisenhüttenstadt: SeniorenEinkaufsmobil (SEM)<sup>51</sup>**  
Engel e.V. in Zusammenarbeit mit Agentur für Engagement und Stadt Eisenhüttenstadt
- **Landkreis Barnim, Bernau: Zertifikat Bernau barrierefrei<sup>52</sup>**  
Behindertenbeauftragte des Landkreises in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern und der Behindertenbeauftragten des Landkreises
- **Landkreis Potsdam-Mittelmark, Kleinmachnow: Seniorenstadtplan Kleinmachnow<sup>53</sup>**  
Zusammenarbeit zwischen AWO OV Kleinmachnow e.V. und CARAT Jugendarbeit

#### Weitere Informationen:

- Aequipa: Arbeitshilfe Aktive Mobilität im Alter fördern  
[www.aequipa.de/fileadmin/aequipa/Arbeitshilfen/2018\\_AFOOT\\_Arbeitshilfe-Aktive-Mobilitaet-im-Alter\\_01.pdf](http://www.aequipa.de/fileadmin/aequipa/Arbeitshilfen/2018_AFOOT_Arbeitshilfe-Aktive-Mobilitaet-im-Alter_01.pdf)
- Infoportal Nullbarriere  
[www.nullbarriere.de](http://www.nullbarriere.de)
- Sozialhelden e.V.: Broschüre Wie rollstuhlgerecht ist Deutschland? Mit praktischen Lösungen zu nachhaltig barrierefreien Städten und Gemeinden  
[sozialhelden.de/wp-content/uploads/2019/07/DStGB\\_Broschuere2019\\_Web.pdf](http://sozialhelden.de/wp-content/uploads/2019/07/DStGB_Broschuere2019_Web.pdf)

50 [www.pampa-mitfahren.de](http://www.pampa-mitfahren.de)

51 [afe-ehst.de/senioreneinkaufsmobil-sem](http://afe-ehst.de/senioreneinkaufsmobil-sem)

52 [www.best-bernau.de/bernau-barrierefrei/zertifikat.html](http://www.best-bernau.de/bernau-barrierefrei/zertifikat.html)

53 [www.awo-kleinmachnow.de/seniorenstadtplan-kleinmachnow-als-demografie-beispiel-geeht](http://www.awo-kleinmachnow.de/seniorenstadtplan-kleinmachnow-als-demografie-beispiel-geeht)



### 3.12 Querschnittsthemen

Das Alter ist weiblich. Mit durchschnittlich höherer Lebenserwartung als Männer besteht der Großteil der Hochaltrigen aus Frauen. Das hat zur Konsequenz, dass viele ältere Frauen in einem Ein-Personen-Haushalt leben und nicht auf unmittelbare familiäre Unterstützung zurückgreifen können. Gleichzeitig sind Frauen in weitaus höherem Maße in die häusliche Pflege eingebunden und demnach vulnerabler hinsichtlich körperlicher, psychischer und sozialer Verfasstheit. Im Bereich der Prävention und Gesundheitsvorsorge sind Frauen dagegen weitaus engagierter als ihre männlichen Altersgenossen. Diese teils sehr großen Unterschiede in den Lebenslagen und Anforderungen führen dazu, dass es sich bei allen seniorenpolitischen Handlungsfeldern empfiehlt, auf Geschlechtergerechtigkeit und geschlechtsspezifische Bedarfe zu achten.

Seniorenpolitisches Planen und Handeln sollte außerdem nicht ausschließlich isoliert von anderen Bevölkerungs- und Altersgruppen passieren. Altersübergreifendes Handeln bündelt Ressourcen, entspricht einer sozialräumlichen Realität vom Miteinander der Generationen und stärkt die Ressourcen und Potentiale von Jung und Alt.

#### Ist Ihre Kommune in diesen Querschnittsthemen bereits aktiv?

Ja, und zwar folgendermaßen:  
(Maßnahmen, Partnerinnen/Partner)

Nein.

#### Praxisbeispiel:

- **Kreisfreie Stadt Cottbus/Chósebusz: Frauenfrühstück<sup>54</sup>**  
Demokratischer Frauenbund in Zusammenarbeit mit Beratungsstelle Frauen für Frauen
- **Landkreis Potsdam-Mittelmark: Nuthetaler Familienkonferenzen<sup>55</sup>**  
Mehrgenerationenhaus in Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

#### Weitere Informationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte – Älterwerden im sozialen Wandel. Zentrale Befunde des Deutschen Alterssurveys 1996–2017  
[www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/frauen-und-maenner-in-der-zweiten-lebenshaelfte---aelterwerden-im-sozialen-wandel/135042](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/frauen-und-maenner-in-der-zweiten-lebenshaelfte---aelterwerden-im-sozialen-wandel/135042)
- Lokale Bündnisse für Familie im Land Brandenburg  
[www.familienbuendnisse-land-brandenburg.de](http://www.familienbuendnisse-land-brandenburg.de)

<sup>54</sup> [dfb-brandenburg.de/standorte/kontaktstelle-cottbus](http://dfb-brandenburg.de/standorte/kontaktstelle-cottbus)

<sup>55</sup> [www.mehrgenerationenhaus-nuthetal.de/einladung-zur-4-nuthetaler-familienkonferenz-am-16-03-2019-wir-gestalten-mit](http://www.mehrgenerationenhaus-nuthetal.de/einladung-zur-4-nuthetaler-familienkonferenz-am-16-03-2019-wir-gestalten-mit)

## 4 Planungsschritte

Im Folgenden geht es um die Methodik der Planungspraxis. Die einzelnen Schritte im Planungsprozess werden genauer beleuchtet und es wird auf gängige Methoden verwiesen.

Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von seniorenpolitischen Handlungsfeldern in den Strukturen vor Ort sollte einem geplanten Prozess folgen. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sind dagegen offen und werden im Laufe des Planungsprozesses entwickelt. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen, das Vorgehen zu strukturieren und transparent zu kommunizieren.

Es existieren verschiedene Steuerungskonzepte, die aus unterschiedlichen Disziplinen heraus entwickelt wurden. Hier wird der Public Health Action Cycle (PHAC), auch gesundheitspolitischer Aktionszyklus genannt, vorgestellt. Dieses Konzept stammt ursprünglich aus der Politikwissenschaft und ist

zwischenzeitlich in der Gesundheitsförderung und Prävention fest verankert<sup>56</sup>.

Das Konzept, das einen sich wiederholenden Kreislauf von Problembestimmung, Strategieformulierung, Umsetzung und Evaluation beschreibt, stellt einen Idealzustand dar, der auf verschiedenen Ebenen geplanten Handelns angewendet werden kann: auf individueller Ebene (z.B. Steigerung der körperlichen Bewegung), für die Entwicklung einzelner Maßnahmen (z.B. Verbesserung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen) oder auch zur Planung und Durchsetzung von Programmen und Strategien auf Dorf-, Ämter- oder Landkreisebene/Ebene der kreisfreien Städte (z.B. Entwicklung seniorenpolitischer Leitlinien).

Der Public Health Action Cycle wurde für den kommunalen Planungsprozess im Bereich Teilhabe von Seniorinnen und Senioren angepasst und kann nun folgende Schritte umfassen:

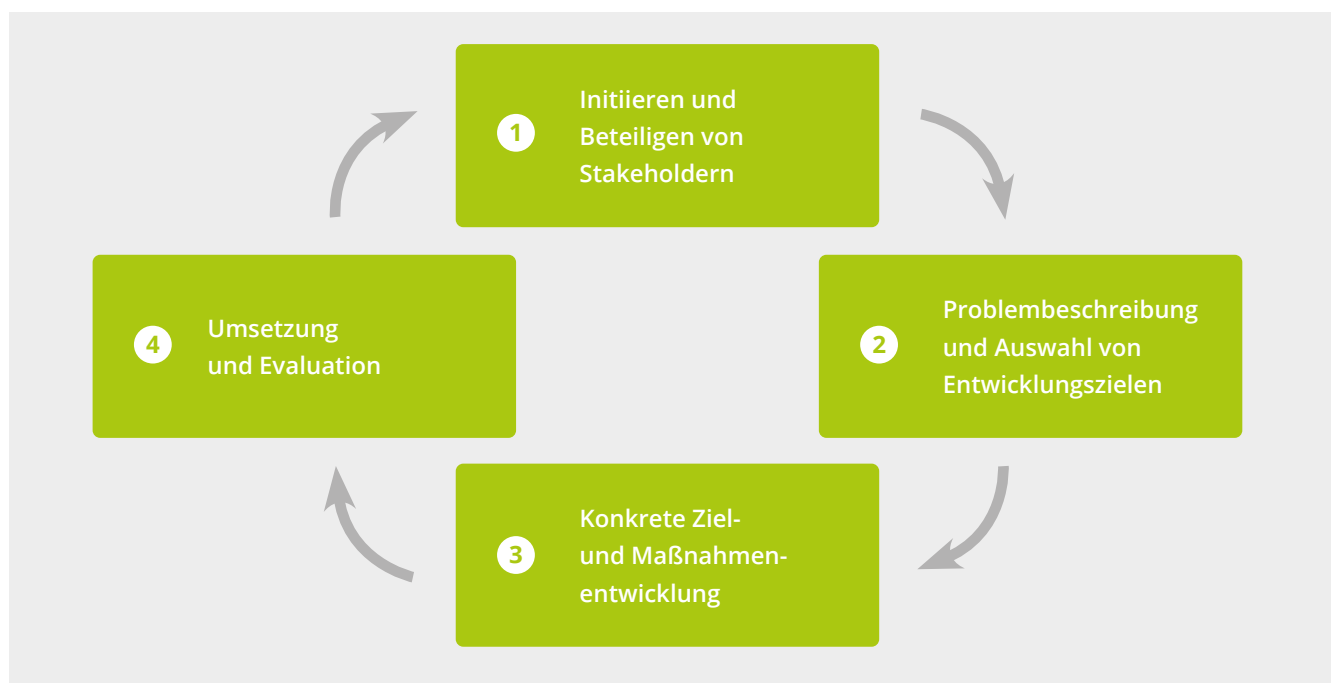


Abbildung 2: Public Health Action Cycle, angepasst an die Teilhabepanung für Seniorinnen und Senioren.  
Quelle: eigene Darstellung

<sup>56</sup> [www.leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/public-health-action-cycle-gesundheitspolitischer-aktionszyklus](http://www.leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/public-health-action-cycle-gesundheitspolitischer-aktionszyklus)

Je nach Zielsetzung kann der Umfang der Phasen des PHAC angepasst werden und je nach kommunaler Struktur benötigen die Schritte unterschiedlich viel Zeit, um vorbereitet und umgesetzt zu werden. Eine Kommune mit bereits guten Kooperationen zwischen Fachämtern und lokalen Akteuren ist gegebenenfalls schneller in der Initiierungsphase, braucht aber länger für die Phase der Datenerhebung, wenn die Stelle der Sozialplanung lange Zeit unbesetzt war.

Es ist zu beachten, dass die einzelnen Schritte nicht unbedingt zeitlich aufeinander folgen oder immer trennscharf voneinander abgegrenzt sind. Die politische Schwerpunktsetzung vor Ort kann beispielsweise maßgeblich beeinflussen, welcher Umstand als problematisch definiert wird oder welche Maßnahmen zur Lösung umgesetzt werden können. Das Konzept suggeriert darüber hinaus, dass eine seniorenpolitische Maßnahme ganz genau steuerbar ist. Da eine solche Maßnahme aber immer auch eine Veränderung im bestehenden örtlichen System bedeutet, können ihre Auswirkungen nicht im Detail vorhergesehen werden.

Nichtsdestotrotz bietet das Konzept die Möglichkeit, auf einfache und nachvollziehbare Weise verschiedene Wege der Problembearbeitung zu entwickeln, zu vergleichen und zu bewerten. Das Vorgehen in einem Kreislauf führt außerdem dazu, dass ein seniorenpolitisches Thema schrittweise immer passgenauer bearbeitet werden kann.

## 4.1 Initiierung und Beteiligung von Stakeholdern

In der Anfangsphase werden grundlegende Strukturen für einen erfolgreichen Planungsprozess festgelegt. Dazu gehört, dass der Planungsprozess genügend politischen Rückhalt hat und Verantwortlichkeiten geklärt sind. Es sollte auch entschieden werden, ob Teile des Prozesses extern vergeben werden sollen (z.B. die Datenerhebung und -analyse oder Evaluation) und welches Thema handlungsleitend sein soll. Sobald diese Grundlagen politisch grünes Licht erhalten haben, wird die Verantwortung für das weitere Vorgehen meist in die Verwaltungsstrukturen übergeben.

Als Stakeholder werden Personen oder Institutionen bezeichnet, die beispielsweise aufgrund ihrer politischen, finanziellen, erfahrungsbasierten oder vernetzungsrelevanten Position maßgeblich positiv oder hindernd auf den Planungsprozess einwirken können. Es ist von Vorteil, diese Personen oder Institutionen frühzeitig in den Prozess einzubinden. Dazu können je nach Vorhaben zählen: Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Seniorenvertretung, LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, andere Fachamtsleitungen, Krankenkassen, usw.

| Ziel  | Arbeitsschritte   | Anmerkungen   |
|---|---|---|
| Strukturelle Voraussetzungen für den Prozess sind geschaffen.                                       | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das seniorenpolitische Anliegen ist beschrieben und der Nutzen begründet.</li> <li>• Politische Unterstützung ist schriftlich festgehalten (z.B. durch einen Ratsbeschluss oder Verwaltungsbescheid)</li> <li>• Verantwortlichkeiten (intern und extern) für die Planungsschritte sind festgelegt.</li> <li>• Ein dem Anlass angemessenes Budget für den Prozess steht zur Verfügung.</li> </ul> | Das Anliegen, seniorenpolitisch aktiv(er) zu werden, kann durch Mitglieder des Stadt-/ Gemeinderats oder Kreistags, des Seniorenbeirats, sachkundige Bürgerinnen und Bürger oder durch Verwaltungsmitarbeitende vorgebracht werden.                   |
| Ein Kernteam/ Projektgruppe ist gebildet.   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Relevante Stakeholder sind identifiziert (z.B. mit Hilfe einer Stakeholder-Analyse, siehe Anhang) und zum Kernteam eingeladen</li> </ul>   | Zu den Aufgaben des Kernteams gehören die Koordination des weiteren Vorgehens, die Vernetzung von Akteuren und die Eingrenzung von Handlungsschwerpunkten.  |
| Zukünftige Kooperation mit lokalen Akteuren und die Beteiligung der Bevölkerung ist sichergestellt. | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kooperationspartnerinnen und -partner sind identifiziert, die in den weiteren Planungsschritten einbezogen werden sollten (z.B. mit Hilfe einer Stakeholder-Analyse; Festlegung der Zusammenarbeit z.B. in einer Kooperationsvereinbarung).</li> <li>• Ein Beteiligungskonzept ist erarbeitet.</li> </ul>  | Es bietet sich an, auf bestehende Kooperationen und Beteiligungsformate zurückzugreifen und sie ggf. thematisch auszubauen.   |
| Die Evaluation des Vorhabens ist sichergestellt.  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine Entscheidung über die Sicherung von Planungs-, Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität ist getroffen.</li> <li>• Indikatoren zur Überprüfung sind entwickelt.</li> <li>• Ein Zeitplan ist festgelegt.</li> </ul>   | Schon jetzt kann festgelegt werden, wie der Erfolg des Vorhabens überprüft werden soll (z.B. durch Evaluationsbögen oder Auswertungsworkshops) und was dementsprechend mitgedacht werden muss (z.B. die systematische Dokumentation von Aktivitäten). |

#### Weitere Informationen:

- Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ): Infoblatt Stakeholder-Analyse [www.fapiq-brandenburg.de](http://www.fapiq-brandenburg.de)
- FAPIQ: Broschüre Grundlagen zum Aufbau von regionalen Netzwerken, Kapitel 3e Qualitätssicherung [www.fapiq-brandenburg.de](http://www.fapiq-brandenburg.de)
- Phineo: Kursbuch Wirkung [www.phineo.org/fuer-organisationen/kursbuch-wirkung](http://www.phineo.org/fuer-organisationen/kursbuch-wirkung)

## 4.2 Problembeschreibung und Auswahl von Entwicklungszielen

Dieser Schritt umfasst sowohl die Datenerhebung und -analyse als auch die anschließende Priorisierung von Handlungsschwerpunkten. Die Entwicklungsziele leiten sich aus dem ermittelten Bedarf ab. Durch die Datenerhebung und -bewertung wird ein differenziertes Abbild der Lebenssituation und der Lebenswelten älterer Menschen in der Kommune gezeichnet. Mit einer Bestandserhebung werden soziodemografische Merkmale der Bevölkerung sowie relevante Infrastrukturen dargestellt. Die Ergebnisse der Bedarfserhebung geben Einblick in weiße Flecken der Versorgung und Infrastruktur.

Die Datenerhebung kann durchaus sehr viele Informationen produzieren. Um keine Datenfriedhöfe zu generieren, sollte die Erhebung und Auswahl von Daten hypothesengeleitet vorstattengehen: Welche Daten können Antwort auf meine Frage geben? Es gilt: so viele Daten wie nötig, so wenig Daten wie möglich.

Es empfiehlt sich, eine sozialräumliche Erhebung und Auswertung von Daten anzustreben, um im Anschluss regional möglichst passgenaue Lösungen entwickeln zu können. Wichtig ist die Verknüpfung von sowohl quantitativen Daten (z.B. Statistiken) als auch qualitativen (z.B. Interviews). Dadurch werden objektive Sachverhalte durch fachliche oder persönliche Expertise in ihrer Relevanz eingeordnet und verdeutlicht und umgekehrt.

Der Prozess der Datenrecherche, -erhebung und -auswertung kann auch dazu genutzt werden, weitere Partnerinnen und Partner für den Planungsprozess zu gewinnen.



| Ziel   | Arbeitsschritte   | Anmerkungen  |
|--|---|--|
| Ein Konzept zum datengestützten Vorgehen ist entwickelt. | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Datenquellen sind recherchiert.</li> <li>• Zusätzlich benötigte Erhebungsmethoden sind ausgewählt (z.B. Experten- und Zielgruppeninterviews, Fragebögen oder Fokusgruppen).</li> <li>• Aufwand und Nutzen der Methoden sind abgewogen.</li> </ul>  | <p>Es lohnt sich, „outside the box“ zu denken und beispielsweise bei anderen Fachämtern und -abteilungen nach Daten zu fragen.</p> <p>Es empfiehlt sich, bei der Bedarfserfassung die Expertise von Fachkräften, die Erfahrungen der direkten Zielgruppe und statistische Daten zu nutzen (vgl. Methodendreieck der Sozialplanung<sup>57</sup>).</p> |
| Informationen zu Bestand und Bedarf liegen vor.          | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhebung und Auswertung von soziodemografischen und infrastrukturellen Daten (= Bestand) (z.B. durch statistische Auswertungen).</li> <li>• Erhebung und Auswertung von Informationen zum Bedarf.</li> </ul>   | Die Erhebung und Auswertung kann viel Zeit in Anspruch nehmen, die frühzeitig eingeplant werden sollte.  |
| Ergebnisse sind priorisiert und zugänglich gemacht.      | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergebnisse sind analysiert und bewertet (z.B. mit Hilfe einer SWOT-Analyse<sup>58</sup>, siehe Anhang).</li> <li>• Das Vorgehen ist visualisiert und verschriftlicht (z.B. in Form eines Teilhaberichts für Seniorinnen und Senioren).</li> <li>• Entwicklungsziele und Handlungsempfehlungen sind ausgesprochen.</li> <li>• Der niedrigschwellige und breite Zugang zu den Ergebnissen ist ermöglicht (z.B. durch die Veröffentlichung im Rahmen einer Fachveranstaltung).</li> </ul> | Die Ergebnisse eines Datenberichts können auch Ausgangspunkt sein, einen seniorenpolitischen Planungsprozess überhaupt erst zu initiieren.   |

### Weitere Informationen:

- Programm Socius: Themenblatt Bedarfsabklärung  
[www.programmsocius.ch/sites/default/files/themenblaetter-2019/Socius-2019\\_TBCL\\_Bedarfsabklaerung\\_neu\\_0.pdf](http://www.programmsocius.ch/sites/default/files/themenblaetter-2019/Socius-2019_TBCL_Bedarfsabklaerung_neu_0.pdf)

- Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ):  
 Infoblatt Indikatoren  
[www.fapiq-brandenburg.de](http://www.fapiq-brandenburg.de)
- Gesundheit Berlin e.V.: Partizipative Methoden der Bedarfserhebung  
[www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/bedarfsbestimmung/partizipativ-bedarf-erheben.html](http://www.partizipative-qualitaetsentwicklung.de/bedarfsbestimmung/partizipativ-bedarf-erheben.html)

<sup>57</sup> Pfundstein und Baumgärtner, 2010

<sup>58</sup> SWOT steht für „Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats“, zu Dt.: Stärken-Schwächen-Analyse

### 4.3 Konkrete Ziel- und Maßnahmenentwicklung

Ausgehend von den festgelegten Entwicklungszielen geht es nun darum, konkrete Ziele und Maßnahmen zu entwickeln, die zu ihrer Erreichung führen. Die Beteiligung der Adressatinnen und Adressaten sowie der umsetzenden Akteure ist hier besonders relevant. Es erhöht die Akzeptanz und die Passgenauigkeit der Aktivitäten.

Bei der Entwicklung von Zielen und Maßnahmen sollte die Stärkung der Ressourcen und der Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren immer eine Rolle spielen. Zudem sollte bedacht werden, inwiefern gegebenenfalls eine Verstärkung der Maßnahmen erwirkt werden könnte.

| Ziel   | Arbeitsschritte   | Anmerkungen  |
|--|---|--|
| Arbeitsziele zur Erreichung der Entwicklungsziele sind definiert und darauf basierende Maßnahmen entwickelt. | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ziele sind SMART (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminierbar) formuliert.</li> <li>• Meilensteine (Höhepunkte) sind bei längerem Verlauf eingeplant.</li> <li>• Eine Ziele-Maßnahme-Tabelle ist erstellt (siehe Anhang).</li> </ul> | <p>Es kann nützlich sein, über den Tellerrand zu schauen und innovative und Erfolg versprechende Maßnahmen aus anderen Kommunen ggf. auf die eigene Region anzupassen.</p> <p>Die Arbeitsziele und Maßnahmen können beispielsweise in moderierten und zielgerichteten Workshops gemeinsam entwickelt werden.</p> |

#### Weitere Informationen:

- Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit: Good Practice-Kriterien [www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice-kriterien](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/good-practice-kriterien)

## 4.4 Umsetzung und Evaluation

Für die Umsetzung empfiehlt es sich, mit geeigneten Akteuren als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammenzuarbeiten. Sie sollten schon früh in der Planungsphase mit einbezogen sein. Sie stehen idealerweise mit den Adressatinnen und Adressaten der Maßnahmen nah in Kontakt und können über Maßnahmen informieren und Zugänge schaffen. Solche Akteure können sowohl Fachkräfte sein (z.B. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Hausärztinnen und Hausärzte) als auch Mitglieder der Zielgruppe (z.B. freiwillig tätige Seniorinnen und Senioren).

Die Evaluation der Maßnahmen ist wichtig, um zu überprüfen, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden und ob es Nachbesserungsbedarf gibt. Sie kann darüber hinaus wichtige Hinweise darauf geben, ob Arbeitsabläufe verbessert werden müssen. Je nach vorhandenen Ressourcen kann die Evaluation von der systematischen Dokumentation der Aktivitäten über die themenbezogene Reflexion einzelner Aspekte anhand der Dokumentation bis hin zu einer Selbst- oder externen Evaluation reichen.

| Ziel  | Arbeitsschritte   | Anmerkungen   |
|---|---|---|
| Maßnahmen sind wie geplant im Sozialraum umgesetzt. | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort.</li> <li>• Maßnahmen werden durch zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht (z.B. durch Flyer oder eine öffentliche Info-Veranstaltung).</li> </ul> | Es lohnt sich, genau zu überlegen, wie die Zielgruppe am besten angesprochen werden und zur Teilnahme an den Maßnahmen motiviert werden kann. |
| Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorgehen laut Evaluationskonzept.</li> </ul>   | Die Ergebnisse der Evaluation können dazu genutzt werden, weitere Arbeitsziele zu entwickeln.   |

### Weitere Informationen:

- Socius: Themenblatt Projektevaluation [www.programmsocius.ch/sites/default/files/themenblaetter-2019/Socius-2019\\_TBCL\\_Projektevaluation\\_neu.pdf](http://www.programmsocius.ch/sites/default/files/themenblaetter-2019/Socius-2019_TBCL_Projektevaluation_neu.pdf)
- BMBF-Fördermaßnahme Kommunen innovativ: Dokumentation Workshop Öffentlichkeitsarbeit: Produkte [kommunen-innovativ.de/sites/default/files/20180829\\_dokumentation\\_workshop\\_oeffentlichkeitsarbeit\\_-\\_produkte\\_0.pdf](http://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/20180829_dokumentation_workshop_oeffentlichkeitsarbeit_-_produkte_0.pdf)

# 5 Anhang

## 5.1 Stakeholder-Analyse



|                       | Unterstützend   | Ablehnend   |
|-----------------------|---|---|
|                       | <p>Wer hat viel Einfluss und steht Ihrem Vorhaben positiv gegenüber?<br/>Binden Sie diese Personen partizipativ in Ihr Vorhaben ein, z.B. durch Einladung in das Kernteam?</p>                            | <p>Wer hat viel Einfluss und steht Ihrem Vorhaben eher negativ gegenüber? Binden Sie diese Personen passiv, aber mit relevanten Informationen, in Ihr Vorhaben ein, z.B. durch Zusenden regelmäßiger Projektberichte?</p> |
| <b>Viel Einfluss</b>  |   |   |
|                       | <p>Wer hat wenig Einfluss, aber unterstützt Ihr Vorhaben?<br/>Binden Sie die Erfahrungswerte dieser Personen in Ihr Vorhaben ein, z.B. durch regelmäßigen Austausch oder die Beteiligung an Umfragen?</p> | <p>Wer hat wenig Einfluss und steht Ihrem Vorhaben ablehnend gegenüber?<br/>Diese Personen können durch die Weitergabe von Informationen eingebunden werden, z.B. durch Newsletter.</p>                                   |
| <b>Wenig Einfluss</b> |   |   |

## 5.2 Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse)

| Stärken   | Schwächen  |
|---|--|
| <p>Was läuft gut? Und warum?<br/>Was zählt zu den Stärken der Kommune?</p>  | <p>Wo liegen (Versorgungs-)Lücken?<br/>Welche Probleme gibt es?</p>  |
| Möglichkeiten   | Herausforderungen  |
| <p>Welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es in der Region?<br/>Welche Ressourcen werden (noch) nicht genutzt?<br/>Wo gibt es Anknüpfungspunkte?</p> | <p>Welche Bedenken gibt es?<br/>Welche (negativen) Entwicklungen kommen auf die Kommune zu?<br/>Was könnte die eigene Handlungsfähigkeit einschränken?</p> |



### 5.3 Ziele-Maßnahmen-Tabelle (ZMT)



| Arbeitsziel  | Maßnahmen   | Zeitraum                                      | Verantwortlich  |
|--|---|---|---|
| Was möchten Sie erreichen? Formulieren Sie so, als hätten Sie das Arbeitsziel schon erreicht. Achten Sie auf „SMARTe“ Ziele, z.B. „Die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer der Begegnungsstätte hat sich Ende des Jahres um 30% zum Vorjahr gesteigert.“ | Was möchten Sie tun, um das Arbeitsziel zu erreichen? Ein Arbeitsziel umfasst meistens mehrere Maßnahmen, z.B.:<br>1. „Befragung von Seniorinnen und Senioren hinsichtlich ihres Bedarfs und ihrer Wünsche in Bezug auf die Begegnungsstätte.<br>2. Partizipative Entwicklung von neuen Angeboten.“ | Setzen Sie sich einen realistischen Zeitraum. | Diese Person achtet auf eine gute Umsetzung und ist bei Fragen ansprechbar. |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |
|  |   |   |   |

## 6 Verwendete und weiterführende Literatur

Berner, F. und Hagen, C. (2015). **Herausforderungen einer lokalen Politik für ältere und mit älteren Menschen**. Pro Alter, 47(06), 19–21.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2010). **Initiieren – Planen – Umsetzen. Handbuch kommunale Seniorenpolitik**. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016). **Demographie konkret – Pflege kommunal gestalten**. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO) (2017). **BAGSO-Positionspapier: Kommunale Politik für ältere Menschen**. Verfügbar unter: [www.bagso.de/publikationen/positionspapier/kommunale-politik-fuer-aeltere-menschen](http://www.bagso.de/publikationen/positionspapier/kommunale-politik-fuer-aeltere-menschen) (abgerufen am 20.11.2019).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016). **Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften**. Verfügbar unter: [www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der\\_Siebte\\_Altenbericht.pdf](http://www.siebter-altenbericht.de/fileadmin/altenbericht/pdf/Der_Siebte_Altenbericht.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).

Bundesministerium für Gesundheit (2014). **Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege**. Verfügbar unter: [www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/E/Erklaerungen/BL-AG-Pflege-Gesamtpapier.pdf](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/E/Erklaerungen/BL-AG-Pflege-Gesamtpapier.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017). **Daseinsvorsorge in der Regionalplanung und Möglichkeiten ihrer formellen und informellen Steuerung**. Verfügbar unter: [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVI/BMVIOnline/2017/bmvi-online-03-17-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVI/BMVIOnline/2017/bmvi-online-03-17-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (abgerufen am 20.11.2019).

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. **Leitbegriffe der Gesundheitsförderung**. Verfügbar unter: [www.leitbegriffe.bzga.de](http://www.leitbegriffe.bzga.de) (abgerufen am 20.11.2019).

Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (2015). **Kommunale Altenberichterstattung in Nordrhein-Westfalen – eine Arbeitshilfe für Kommunen**. Verfügbar unter: [www.ffg.tu-dortmund.de/cms/de/Projekte/Abgeschlossene\\_Projekte/2014/Entwicklung\\_einer\\_Arbeitshilfe\\_zur\\_kommunalen\\_Altenberichterstattung/Arbeitshilfe\\_kommunale-Altenberichterstattung.pdf](http://www.ffg.tu-dortmund.de/cms/de/Projekte/Abgeschlossene_Projekte/2014/Entwicklung_einer_Arbeitshilfe_zur_kommunalen_Altenberichterstattung/Arbeitshilfe_kommunale-Altenberichterstattung.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).

Hensen, G. und Wunderlich, H. (2017). **Kommunale Sozialplanung**. Studienbrief 22-020-1007. Brandenburg: Service-Agentur des Hochschulverbundes Distance Learning.

Knap, K. und Weber, J. (2015). **Soziales berichten und planen**. Pro Alter, 47(06), 25–29.

Landtag Brandenburg (2019). **Bericht der Enquetekommission 6/1 Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels (EK 6/1)**. Verfügbar unter: [www.landtag.brandenburg.de/media\\_fast/5701/Drucksache\\_6-11258.pdf](http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Drucksache_6-11258.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).

National Association of County and City Health Officials (NACCHO) (2015). **Mobilizing for Action through Planning and Partnerships (MAPP). User's Handbook**. Verfügbar unter: [www.naccho.org/programs/public-health-infrastructure/performance-improvement/community-health-assessment/mapp](http://www.naccho.org/programs/public-health-infrastructure/performance-improvement/community-health-assessment/mapp) (abgerufen am 20.11.2019).

Pfundstein, T. und Baumgärtner, H. (2010). **Kommunale Pflegestrukturplanung. Ein Handbuch für die Praxis**. Verfügbar unter: [www.lzg-rlp.de/files/Themen/Gesundheit%20in%20der%20Kommune/Pflegestrukturplanung/2014\\_Pflegestrukturplanung\\_Handbuch\\_Pf\\_Nr15.pdf](http://www.lzg-rlp.de/files/Themen/Gesundheit%20in%20der%20Kommune/Pflegestrukturplanung/2014_Pflegestrukturplanung_Handbuch_Pf_Nr15.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).

Rothen, H. J. (2016). **Kommunale Alten- und Seniorenpolitik**. Verfügbar unter: [www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/16915/Kommunale+Alten-+und+Seniorenpolitik.pdf/571f4fb6-75ec-4c73-902d-180e4645e2e7](http://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/16915/Kommunale+Alten-+und+Seniorenpolitik.pdf/571f4fb6-75ec-4c73-902d-180e4645e2e7) (abgerufen am 20.11.2019).

Schäper, S., Dieckmann, F., Rohleder, C., Rodekoher, B., Katzer, M. und Frewer-Graumann, S. (2019). **Inklusive Sozialplanung für Menschen im Alter. Ein Manual für die Planungspraxis**. Stuttgart: Kohlhammer.

Schubert, H. (Hrsg.) (2019). **Integrierte Sozialplanung für die Versorgung im Alter. Grundlagen, Bausteine, Praxisbeispiele**. Wiesbaden: Springer.

Verein für Sozialplanung (2015). **Ein Konzept für Kommunale Pflege- und Altenhilfeplanung**. Diskussionspapier. Verfügbar unter: [www.vsop.de/download/dokumente\\_allgemeine\\_hinweise/alter\\_und\\_pflege/Konzept\\_zur\\_kommunalen\\_Altenhilfeplanung\\_2015.pdf](http://www.vsop.de/download/dokumente_allgemeine_hinweise/alter_und_pflege/Konzept_zur_kommunalen_Altenhilfeplanung_2015.pdf) (abgerufen am 20.11.2019).



## Wo finden Sie uns?

### **Region Nordwest**

Alt Ruppiner Allee 40, 16816 Neuruppin

### **Region Nordost**

Kirchstraße 22a, 16225 Eberswalde

### **Region Südost**

Puschkinstr. 5a, 15907 Lübben

### **Region Südwest**

Grabenstr. 6a, 14943 Luckenwalde

### **Standort Potsdam**

Rudolf-Breitscheid-Str. 64, 14482 Potsdam

### **Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg**

Tel.: 0331 23 16 07 00

Mail: [kontakt@fapiq-brandenburg.de](mailto:kontakt@fapiq-brandenburg.de)

[www.fapiq-brandenburg.de](http://www.fapiq-brandenburg.de)